Nr. 188. 35. Jahrg.

Bezugspreis:
Vierteljährl. 4,50 Mk., monatl. 1,50 Mk. frei ins Haus, vorauszahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich, vom Postschalter abzuholen 1,50 Mk., vom Briefträger ins Haus gebracht 1,64 Mk. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3,— Mk., für das übrige Ausland 4,50 Mk. monatlich. Versand ins Feld bei direkter Bestellung monatl. 1,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die siebengespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 30 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 15 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 20%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 96—151 97.

Donnerstag, den 11. Juli 1918.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Der Reichskanzler will erklären . . .

Die Vertrauensfrage.

In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses nahm sogleich nach Eröffnung der Sitzung der Vizekanzler v. Payer das Wort, um mitzuteilen, daß Reichskanzler Graf Hertling die Absicht habe, sich im Ausschuß über die politische Lage auszusprechen. Der Kanzler werde am Donnerstag vormittag in Berlin eintreffen und sich mit dem Vorsitzenden des Ausschusses sofort über die Stunde des Beginns der allgemeinen politischen Aussprache verständigen.

Eine definitive Ernennung des Herrn v. Hintze zum Staatssekretär ist bisher nicht erfolgt.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hat ganz richtig herausgefunden, daß es sich in den augenblicklichen politischen Auseinandersetzungen weniger um die Personen des gewesenen und des künftigen Staatssekretärs handelt, als vielmehr um die Politik des Reichskanzlers. Sie schließt einen Artikel über „Reichskanzler und Staatssekretär" mit folgenden Sätzen:

„Die Frage lautet deshalb erst in zweiter Linie: Welches Vertrauen verdient der neue Staatssekretär? Ausschlaggebend bleibt, ob man dem Reichskanzler das Vertrauen schenkt, daß er die Politik des Reiches weiter so führen wird, daß im Innern die Stimmung erhalten bleibt, die es uns ermöglichen wird, den Krieg siegreich wie bisher auch zu Ende zu führen."

Wir gehen mit Vergnügen auf diese Untersuchung ein.

Der Fall des Reichskanzlers Michaelis im Herbst des vorigen Jahres hatte aller Welt bewiesen, daß es mit dem bisher geübten System des Regierungswechsels nicht weiter geht. Die Mitwirkung des Reichstags bei diesem wichtigen politischen Geschäft wurde angenommen, und es sollte, diesmal wenigstens, kein Kanzler ernannt werden, ohne daß er sich zuvor mit den Parteien ins Benehmen gesetzt hätte.

Als der Name des Grafen Hertling auftauchte, wurden von sozialdemokratischer Seite die stärksten Bedenken geltend gemacht. Nach der ersten Fühlungnahme schien die Mission Hertlings vollkommen gescheitert, und der bayerische Graf hatte sich bereits auf Nichtwiedersehen verabschiedet, als der jetzt entlassene Staatssekretär v. Kühlmann mit seiner Rettungsaktion einsetzte. Um die neue Regierung der sozialdemokratischen Partei annehmbar zu machen, wurde Herr v. Payer zum Vizekanzler ernannt, und der nationalliberale Führer Dr. Friedberg versprach als künftiger stellvertretender Ministerpräsident für die rascheste Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen wirken zu wollen.

Diese rasche Einführung des gleichen Wahlrechts war ein Punkt, der wichtigste des innerpolitischen Programms, dem sich die Aufhebung des § 153 und die Einführung von Arbeitskammern anschlossen. Sollten Zensur und Belagerungszustand auch nicht gleich aufgehoben werden, so war doch ihre Milderung zugesagt.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik versprach der Reichskanzler sich die Antwortnote an den Papst zur Richtschnur zu nehmen, die unter Mitwirkung der Reichstagsparteien zustande gekommen war und sich für einen Verständigungsfrieden ohne Vergewaltigung fremder Völker und für internationale Schiedsgerichtsbarkeit im Sinne eines Völkerbundes aussprach.

Von all diesen Zusagen ist eine einzige erfüllt worden, und zwar die kleinste: der längst fällige § 153 der Gewerbeordnung wurde abgeschafft. In der Frage der Arbeitskammern dagegen ist die Regierung in einen Gegensatz zu den Gewerkschaften und zur Reichstagsmehrheit geraten, der vorläufig unlösbar scheint. Das Schicksal der Wahlreformvorlage ist allgemein bekannt. Es sei nur daran erinnert, daß wir heute den Jahrestag der königlichen Wahlrechtsbotschaft feiern können, die am 11. Juli 1917 das gleiche Recht allen Preußen verhieß.

Mit dem Belagerungszustand und der Zensur wurde es nicht besser, sondern ärger, wie die fortgesetzten Klagen im Reichstag beweisen. Der Berliner Streik wurde verschleppt und schließlich mit Hilfe der außerordentlichen Kriegsgerichte „beigelegt", nachdem sich die Regierung, im schreienden Gegensatz zu einsichtsvolleren Provinzialbehörden geweigert hatte, mit den Vertretern der Streikenden zu verhandeln. Ein ganz besonderes Kapitel sind ferner die Vorgänge in Elsaß-Lothringen: man lese den heutigen Bericht aus dem Hauptausschuß und beantworte danach die Frage der „Nordd. Allg. Ztg.", ob der Reichskanzler „die Politik so führt, daß im Innern die Stimmung erhalten bleibt" usw. wie oben.

Sobiel in ein paar Strichen zur inneren Politik, wobei die Ernährungsfrage ganz ausgeschaltet bleibt, aus der billigen Erwägung heraus, daß eine andere Regierung in dieser entsetzlich schwierigen Frage vielleicht auch nicht zu besseren Resultaten gekommen wäre. Der Regierung Hertling kann aber der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß ihre gesamte innere Politik wirklich wenig geeignet war, die durch die Nahrungsnot gereizte Stimmung der Bevölkerung zu beruhigen.

Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist die Zusage, sich nach der Antwortnote an den Papst halten zu wollen, glatt nicht gehalten worden. Ueber den Frieden von Brest-Litowsk und die ganze unheilvolle Ostpolitik soll hier hundertmal Gesagtes nicht noch einmal wiederholt werden. Heute ist vollkommen klar, daß dieser Frieden, der keiner ist, eines der schwersten Hindernisse für den wirklichen Frieden darstellt, nach dem das ganze Volk sich sehnt. Die Bestimmungen dieses Friedensvertrages und die ganze deutsche Ostpolitik mit der Antwortnote an den Papst in Uebereinstimmung zu bringen, wäre allenfalls eine Aufgabe für Humoristen.

Aber, so wurde von Verteidigern der Regierungspolitik gesagt, durch den Frieden von Brest-Litowsk habe sich Deutschland nach Osten hin saturiert, es könne nunmehr desto maßvoller gegenüber dem Westen auftreten. Da Rußland durch diesen Frieden für alle absehbare Zeit zum Feind des Deutschen Reiches gemacht sei, ergebe sich die Notwendigkeit, sich mit England und Amerika zu verständigen, diese Notwendigkeit werde auch anerkannt und in ihrem Sinne werde gearbeitet. Wir möchten fragen, wie und wo? Bestimmte Anzeichen sprechen dafür, daß der unerschütterliche Kriegswille der Entente nur Fassade ist, hinter der sich der lebhafte Wunsch der Völker verbirgt, das Spiel unentschieden endigen zu lassen, und daß es nur einer entsprechenden deutschen Politik bedürfe, um jene Fassade zu durchstoßen und einen Verständigungsfrieden herbeizuführen.

Sind niemals Versuche in dieser Richtung gemacht worden? Doch! Ein ganz kleiner, ganz schüchterner und vorsichtig tastender Vorversuch ist gemacht worden durch die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann vom 24. Juni. Diejenige Richtung aber, die von einem Ende des Krieges vor der vollständigen Niederwerfung Englands, Amerikas und ihrer Bundesgenossen nichts wissen will, handelte sofort nach dem Grundsatz „Wehre den Anfängen!" und setzte die Entlassung des Staatssekretärs durch. Diese Entlassung wird von der ganzen Welt als Beweis dafür aufgefaßt, daß es einem deutschen Staatsmann von heute nicht einmal erlaubt ist, mit dem Gedanken eines diplomatischen Friedens, der vor der völligen Ausblutung eines der Gegner geschlossen wird, auch nur zu spielen, geschweige denn, ihn ernstlich und mit aller Energie zu vertreten.

Weil wir diese Wirkung voraussahen, und wahrhaftig nicht aus persönlicher Vorliebe für den Staatssekretär v. Kühlmann, haben wir vor seiner Entlassung unter den gegenwärtigen Verhältnissen dringend gewarnt. Derselbe Standpunkt ist auch nicht nur von der sozialdemokratischen Fraktion, sondern auch von der Reichstagsmehrheit vertreten worden. Als die „Germania" ihren bekannten Artikel veröffentlichte mit der apodiktischen Ueberschrift „Kühlmann bleibt!", durfte man annehmen, daß der Kanzler eingesehen habe, welcher ungeheure Fehler es wäre, sich jetzt von seinem Mitarbeiter zu trennen.

Am Dienstag aber erfuhren die Reichstagsmehrheit und der Vizekanzler v. Payer durch ein Telegramm aus dem Hauptquartier, daß Kühlmann entlassen und schon ein Nachfolger für ihn in Aussicht genommen sei. Dieser Nachfolger gilt allgemein als der Mann der Alldeutschen, und das versteht sich von selbst, denn wer stark genug ist, Minister zu stürzen, der und nur der allein ist stark genug, Minister zu machen und zu halten.

Man erklärt uns nun, daß Herr v. Hintze ein guter Mann sei und daß die Politik des Kanzlers dieselbe bleiben werde. Wir können daraus schließen, daß es mit der Zensur und dem Belagerungsgesetz weitergehen wird wie bisher, daß dem preußischen Landtag weiter gestattet werden wird, mit der Wahlreform Schindluder zu spielen, daß im Westen ein ähnlicher Frieden angestrebt wird wie im Osten und daß auch künftig jeder Minister davongejagt werden wird, der nur entfernt anzudeuten wagt, es könne anders kommen.

Die sozialdemokratische Fraktion ist seinerzeit dem Grafen Hertling mit so wenig Vertrauen entgegengekommen, daß sie seine Regierung nur unter der Voraussetzung bestimmter „Sicherungen" für erträglich hielt. Diese Sicherungen aber — nehmen Sie es nicht übel, Herr v. Payer! — haben sich als unzureichend herausgestellt, und so mußte der Tor der sozialdemokratischen Kritik von Tagungsabschnitt zu Tagungsabschnitt und von Sitzung zu Sitzung schärfer werden, bis zu dem Punkt, an dem Scheidemann erklärte, dieser Regierung könne die Fraktion nicht einmal den Etat bewilligen. Das war vor Kühlmanns Entlassung.

Es ist also nicht so, wie es die Offiziösen darstellen, als ob bis zum Fall Kühlmann die schönste Harmonie geherrscht hätte und als ob dieser niedliche kleine Zwischenfall im Kämmerchen der Freundschaft erledigt werden könnte. Auch in den Reihen des Zentrums und der Volkspartei herrscht keineswegs eitel Wonne und Zufriedenheit, obwohl zu befürchten ist, daß diese Parteien den ganzen Ernst der Situation noch nicht recht erkennen. Wollten sie es, so müßten sie gemeinsam mit der Sozialdemokratie, frei von persönlichen Rücksichten, wo es doch um die größten Schicksalsfragen des Volks geht, einen neuen Weg suchen, der aus dieser verworrenen und gefährlichen Lage herausführt.

* * *

Die „Frankfurter Zeitung" bezeichnet die Verabschiedung Kühlmanns als den Beginn einer Krise, welche die gesamte Regierung und ihre Stellung zum Reichstage in ihren Bereich ziehen werde. Es werde sich darum handeln, ob die Politik, die seit dem deutschen Friedensangebot vom Dezember 1916 unter dem Kennwort der Verständigung als die Politik Deutschlands vertreten worden ist, weiter geführt und zur Tatsache gemacht werden soll, oder ob sie von einer Politik phantastischer Machtgedanken abgelöst werden wird. Zum Unterschied gegen die Vorgänge beim Rücktritt Bethmann Hollwegs sind diesmal die Meinungen der Mehrheitsparteien nicht eingeholt worden. Die Zeitung tritt dafür ein, daß die Angelegenheit nicht im Hauptausschuß, sondern im Reichstag selbst behandelt werde, damit nicht wieder ein Halbdunkel über die Verhandlungen gebreitet werde, und verlangt, daß der Reichskanzler sich nicht auf die allgemeine Versicherung beschränkt, daß er auf dem Boden der Verständigungspolitik stehe, sondern sich konkret über die praktische Anwendung einer solchen Politik ausspreche und den Reichstag auch von der Möglichkeit ihrer Durchführung überzeuge, sowie die Bürgschaft übernehmen könne, daß der Reichstag nicht wieder in eine solche Lage wie jetzt gebracht werde, und sie meint, ohne solche bindende Verfügung müßten die Mehrheitsparteien, speziell die Volkspartei, aufhören, sich als Mehrheit hinter die Regierung zu stellen. Dasselbe gelte für den Stellvertreter des Reichskanzlers als Vertrauensmann der Linken. Das bedeute nicht den Uebergang zu einer grundsätzlichen Opposition, sondern daß die Verantwortung von denen getragen werden soll, die die Politik machen, und daß die Linke freie Hand hat, den einzelnen Akten dieser Politik je nach ihrer Art zuzustimmen oder sie abzulehnen. Das Blatt warnt schließlich vor einer Politik, die eine Millionenpartei wie die Sozialdemokratie in die Opposition treibe.

In den Stunden der Entscheidung

Worauf es zunächst ankommt!

Aus Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird uns geschrieben:

Seitdem die Fraktionen ihre erste Beratung über den Rücktritt Kühlmanns und die Nachricht gehabt haben, daß ohne jede Fühlung mit dem Reichstag Herr von Hintze als neuer Staatssekretär für das Auswärtige in Aussicht genommen ist, spricht die ganze bürgerliche Presse immer deutlicher davon, daß der neue Staatssekretär fertig, d. h. so gut wie ernannt ist. Es wird nicht nötig sein, alle die verschiedenen Redeäußerungen, die dies andeuten und die je nach der Stellung des einzelnen Blattes zu den Parteien variieren, wörtlich anzuführen. Als feststehender Schluß aus allen diesen Aeußerungen darf das Eine gezogen werden: große Bestandteile der Reichstagsmehrheit suchen mehr oder weniger verblümt Stimmung dafür zu machen, daß man es wieder einmal mit dem von der Krone in offenbarer Uebereinstimmung mit dem Hauptquartier bezeichneten Nachfolger Kühlmanns „versuchen" soll.

Da darf wohl die Frage aufgeworfen werden, ob die Lage Deutschlands solch einen neuen der schon so vielfach gescheiterten „Versuche" gestattet, der gut, aber auch schlecht ausfallen kann.

Ein Kreis unserer Fraktionsgenossen verneint diese Frage schon deshalb, weil die Notwendigkeit, in dieser größten aller bisherigen Weltkrisen alle Kräfte eines Landes einheitlich zusammenzufassen und für neue Reibungen und gefährliche Enttäuschungen nicht Tür und Tor geradezu geflissentlich zu öffnen, solche „Versuche" von vornherein ausschließt.

Wir können nur dann hoffen, aus dem Krieg bald, ehrenvoll und mit wirtschaftlichen Zukunftsmöglichkeiten herauszukommen, wenn Krone, Reichsleitung, Hauptquartier und Reichstag zusammenarbeiten und eine einheitliche Kraft darstellen, die nicht fortgesetzt durch innere Unstimmigkeiten zerrissen wird. Das letztere tritt aber unfehlbar ein, wenn die Volksvertretung als die Verkörperung unserer Volksmassen und der eigentliche Träger der Landesverteidigung und Kriegssteuern wiederum bei der Wahl des auswärtigen Ministers ausgeschaltet und in die Rolle des Mannes versetzt wird, der nachträglich „Ja" sagen darf. Das haben auch die Wähler der bürgerlichen Parteien gründlich satt. Und wenn große Teile der Reichstagsmehrheit aus bänglicher Rücksichtnahme auf die Kriegslage und andere Faktoren sich jetzt bemühen, uns und der Bevölke-

rung draußen einen eigentlich schon ernannten Staatssekretär für eine der wichtigsten Kriegsarbeiten nachträglich schmackhaft zu machen, so müssen wir sie endlich einmal vor die Frage stellen, ob sie das gerade im Reichsinteresse noch verantworten können.

Das Reichsinteresse verlangt, daß ein nach seiner politischen Richtung dem Reichstag bekannter und von dem wohlorientierten Vertrauen der Reichstagsmehrheit getragener Mann die Führung des Auswärtigen übernehme, kein politisch unbeschriebenes Blatt, auf dem in der langen Sommerpause des Reichstags plötzlich zur allgemeinen Ueberraschung diese oder jene Schrift erscheinen kann. Und der Krieg hat die Krone und die Heeresleitung dem Reichstag mit seiner Mehrheit nahe genug gebracht, daß ihnen eine vorherige Verständigung über einen solchen Mann mit den Parteiführern der Mehrheit weder formell noch sachlich schwer fallen kann. Bei einer solchen vorherigen Verständigung braucht sich weder der eine noch der andere Teil etwas zu vergeben. Aber für überraschende Plötzlichkeiten und die Ergebung ins Ungewisse ist kein Raum und keine Zeit mehr. Da die Ernennung des neuen Mannes formell noch nicht vollzogen ist, kann die Unterlassung noch beseitigt und ausgebessert werden. In der Einigung von Krone, Reichstag, Volk und Heeresleitung auf einen neuen Mann, der der wirkliche Vertrauensmann aller dieser Machtfaktoren ist, würde dann eine unüberwindliche Stärke liegen, die wir in diesen entscheidenden Tagen nicht missen können.

Haben der Reichskanzler und der Vizekanzler versäumt, diese Gesichtspunkte an der richtigen Stelle geltend zu machen, so muß es die Reichstagsmehrheit besorgen. Und wollen innerhalb der Reichstagsmehrheit die bürgerlichen Parteien wieder über diesen Hauptpunkt der Kriegspolitik hinweggleiten und ein faules Kompromiß schließen, so muß ihnen und ihren Wählern draußen im Lande unsere Fraktion erklären, daß wir nicht mehr mitmachen können — im Reichsinteresse!

Hoffentlich besorgt unser Fraktionsvorstand diese nicht angenehme, aber sehr notwendige Arbeit in diesen entscheidenden Stunden, in denen dies geschrieben wird und in denen eine Fraktionsbesprechung nicht stattfindet. Erst wenn berichtet werden müßte, daß alle unsere Anstrengungen nach dieser Richtung vergeblich gewesen wären, kann die Fraktion die weiteren Konsequenzen der so geschaffenen Lage diskutieren und entscheiden! M. Q.

Oesterreich und Rußland.

Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen.

Wien, 10. Juli. Die „Neue Freie Presse" erfährt aus unterrichteten Kreisen: Die Entsendung diplomatischer und konsularischer Vertreter nach Rußland konnte solange nicht in Erwägung gezogen werden, als der Friedensvertrag nicht ratifiziert war. Mit der nunmehr vollzogenen Ratifizierung ist die Frage der Aufnahme diplomatischer und konsularischer Beziehungen aktuell geworden und es befassen sich hiermit bereits die amtlichen Stellen. Die Ernennung des diplomatischen Vertreters wird stattfinden, nachdem eine Reihe von Formalitäten, die Einholung des Agrements der russischen Regierung, die Ernennung des Vertreters durch den Kaiser usw. erfüllt sein wird.

Rußland und Bulgarien.

Ratifikation des Friedensvertrags.

Zwischen dem russischen Gesandten und dem bulgarischen Geschäftsträger hat am Dienstag der Austausch der Ratifikationsurkunden des Brest-Litowsker Friedens stattgefunden.

Die Salzburger Verhandlungen.

In Salzburg sind seit wenigen Tagen Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zur Besprechung der aus der Idee eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses auftauchenden Probleme versammelt.

Deutschland ist durch Unterstaatssekretär Dr. v. Körner vertreten, der schon unter Bülow als geschickter Unterhändler und guter Kenner des Zolltarifs im Vordergrund stand, dann durch den Ministerialdirektor Lusensky und Geheimrat Stockmann.

Schon die beschränkte Zahl der Delegationsmitglieder, das Fehlen repräsentativer Vertreter der Reichsleitung, weist darauf hin, daß das Arbeitsgebiet von vornherein sehr eng abgesteckt wurde. Zunächst wird nur an die Aufstellung eines Arbeitsprogramms gedacht, so daß sachlich wichtige Beschlüsse in nächster Zeit überhaupt nicht gefaßt werden dürften. Aber auch wenn diese Vorarbeiten bewältigt und die eigentlichen Beratungen aufgenommen sind, dürften die Ziele nicht allzu weit gesteckt und manche voreilige Enthusiasten enttäuscht werden. In Salzburg soll Mitteleuropa noch nicht begründet werden, es soll nur formale, allerdings sehr wichtige Vereinheitlichungen im Zollgesetz, Zollschema, Zollverfahren, im gewerblichen Rechtsschutz, der Statistik und den See- und Schiffahrtsverhältnissen durchgesetzt werden.

Von österreichischer Seite werden an die beginnenden Beratungen allerdings weitgehende Hoffnungen geknüpft, die vielleicht auch von wohlmeinenden Zeitungsschreibern der Bevölkerung als Trost in den Nöten dieser Tage zugedacht sind. Oesterreich-Ungarn scheint tatsächlich den zollfreien Verkehr mit Lebensmitteln im Rahmen Mitteleuropas vorgeschlagen zu haben. Leider wird nicht gesagt, wie hoch die österreichisch-ungarische Regierung den gemeinsamen Getreidezoll gegen das Ausland plant und wie sie sich zu der volkswirtschaftlich so notwendigen Angliederung der agrarischen Balkanländer stellt. Die nachdrückliche Befürwortung einer agrarischen Hochschutzzollpolitik durch den einflußreichen Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause mahnt zur Vorsicht. Dagegen scheint in Oesterreich wenig Lust zu einem durchgreifenden Abbau der industriellen Zölle zu bestehen. Als Geltungsdauer für das Abkommen wird eine Frist von 20 Jahren geplant; nach je 5 Jahren soll der Vertrag durchgesehen werden. Außerdem wachen in Oesterreich immer neue Hoffnungen auf eine baldige Hilfe Deutschlands zugunsten der österreichischen Währung auf, die um 50 Proz. entwertet ist. Da aber Deutschland mit seiner eigenen Währung sehr viel zu tun hat, das Problem überdies aufs engste mit dem staatlichen und privatwirtschaftlichen Kredit zweier bisher doch recht verschiedener Wirtschaftsgebiete zusammenhängt, so eilen diese Erwartungen den Tatsachen wohl voraus.

Die wirtschaftliche Annäherung steht im engsten Zusammenhang mit der politischen Wertung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, mit dem lebhaften Wunsche, die alte Donaumonarchie politisch, wirtschaftlich und militärisch voll bündnisfähig zu sehen, mit der Neugestaltung Oesterreichs und Ungarns, mit der Beilegung der verwüstenden nationalen Kämpfe, mit der Lösung der polnischen und südslawischen Frage. Diese außerordentliche Kompliziertheit und weittragende Bedeutung der auftauchenden Probleme mahnen zur Vorsicht, besonders da starke Interessentengruppen Mitteleuropa zu einem Bollwerk ihrer rückschrittlichen und selbstsüchtigen Politik machen wollen.

Die Sozialdemokratie wird vor diesen großen Widerständen nicht kapitulieren und ihren Einfluß daran setzen, die Idee Mitteleuropas, die in der Zeit der großen Wirtschaftsimperien so nahe liegt, vor Verfälschungen zu bewahren. Noch immer gilt, was Dr. Renner im Verlaufe der Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichischen führenden Parteigenossen am 9. Januar 1916 ausführte: „Die Bourgeoisien schließen keine sozialistische Gemeinschaft miteinander, sondern eine Kapitalgemeinschaft. Sie schließen die Gemeinschaft, um die Arbeiterschaft, um ein Wirtschaftsgebiet auszubeuten. Aber was an uns liegt, müssen wir tun, um zu verhüten, daß eine historische Notwendigkeit ausgebeutet werde, ausschließlich im Interesse einer profitgierigen kapitalistischen Bourgeoisie."

Erkundungsstöße und Teilangriffe im Westen — Zurücknehmen der österreichischen Südfront in Albanien.

Berlin, 10. Juli 1918, abends. Amtlich.

Von den Kampffronten nichts Neues.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 10. Juli 1918. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Im Kemmel-Gebiet, an der Lys und Somme lebte die Gefechtstätigkeit in den Abendstunden auf. Nächtliche Erkundungsvorstöße des Feindes.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Der Franzose setzte seine heftigen Teilangriffe fort. Südwestlich von Noyon und südlich der Aisne stieß er mehrfach mit starken Kräften vor und setzte sich in den Gehöften Porte und des Loges westlich Autheuil sowie in alten französischen Gräben nördlich von Longpont fest. In den anschließenden Abschnitten wurde er durch Feuer abgewiesen. Bei örtlichem erfolgreichen Vorstoß westlich von Chateau-Thierry machten wir Gefangene. Rege Erkundungstätigkeit des Feindes beiderseits von Reims.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Im Sundgau brachten Stoßtrupps aus französischen Gräben nördlich von Largitzen Gefangene zurück.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 10. Juli 1918. Amtlich wird verlautbart:

Im Brenta-Tal schlugen unsere Sicherungstruppen einen italienischen Vorstoß ab. — Unsere albanische Südfront wurde vor dem Drucke starker feindlicher Kräfte über die Linie Berat-Fjeri zurückgenommen. Die Gefechtsberührung war seit gestern früh nur sehr locker.

Der Chef des Generalstabes.

Die Gegenrevolution in Rußland

Der Moskauer Aufstand beendet.

Moskau, 8. Juli. In einer Bekanntmachung der Regierung wird der Aufstand der Linken Sozialrevolutionäre als niedergeschlagen bezeichnet. Die Stadt zeigt wieder das normale Bild. Es sollen etwa tausend Verhaftungen vorgenommen worden sein. Der Eisenbahnverkehr ist vorläufig unterbrochen.

Auf dem am 6. Juli eröffneten Sowjet-Kongreß ganz Rußlands wurde beschlossen, daß von russischer Seite keine Uebertretung der mit der Ukraine vereinbarten Demarkationslinie stattfinden darf. Die Linken Sozialrevolutionäre drückten ihren Protest dagegen durch Verlassen des Saales aus.

Die Landung in Archangelsk. — Die Kämpfe im Südosten und in Wladiwostok.

Moskau, 8. Juli. Die Presse meldet: Am 28. Juni landeten im Hafen von Archangelsk etwa 10000 Franzosen und Serben. Der kommandierende General erklärte, er wolle Stadt und Land vor einem Ueberfall deutscher Kriegsgefangener schützen. Es werden Nahrungsmittel an die Bevölkerung verteilt.

Die Bahnen im Gouvernement Samara sind in Belagerungszustand erklärt. In der Richtung Jekaterinburg—Tscheljabinsk rücken die Rätetruppen gegen Tschechen und Kosaken siegreich vor. Ebenso in der Richtung auf Tobolsk. Im Kubangebiet wurden die Stationen Weliko-Knjasheskaja und Torgowaja von Kosaken besetzt.

Amsterdam, 9. Juli. Nach einem hiesigen Blatt meldet „Times" aus Tokio: Der Korrespondent der japanischen Zeitung „Asahi" in Wladiwostok berichtet, daß bei den Kämpfen in Wladiwostok heftiges Artilleriefeuer gewechselt wurde. Es waren Maschinengewehre aufgestellt, und es kam zu erbitterten Straßengefechten. Der Dampfer Simbirsk der russischen Freiwilligenflotte, der zahlreiche Treffer erhielt, entkam aus dem Hafen.

Berlin, 9. Juli. Das Bureau der Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Die sogenannte sibirische Regierung, die sich auf die Tschecho-Slowaken stützt, hat bekannt gemacht, daß alle Industrieunternehmungen, die durch den Sowjet nationalisiert worden sind, von der Regierung denationalisiert und den früheren Privateigentümern zurückgegeben werden.

Amsterdam, 10. Juli. Die „Times" meldet aus Tokio: Das Blatt „Asahi" erfährt aus Wladiwostok, daß die neue vorläufige Regierung Sibiriens die Absicht hat, eine konstituierende Versammlung einzuberufen und die Ordnung im ganzen Lande wieder herzustellen. Ihr Programm umfaßt: Befreiung Sibiriens von den Bolschewiki, wenn möglich, Vermeidung ausländischer Intervention, allgemeines Stimmrecht, Einrichtung von Provinzialräten und Arbeitsbörsen, Verteilung von Land an die Besitzlosen und Staatsaufsicht in Wirtschaftsangelegenheiten. Die Regierung wird ihren Grundsätzen entsprechend den **Kampf gegen die Mittelmächte fortsetzen.**

Kerenski in Paris.

Für neuen Kampf auf russischem Boden.

Paris, 10. Juli. (Havas.) Der parlamentarische Ausschuß für ausländische Angelegenheiten hat Kerenski empfangen. Kerenski erklärte, er habe einfach als russischer Bürger den Wunsch, sich mit Politikern aller Parteien zu verständigen über die besten Mittel, seinem Vaterland die volle Stärke des Handelns wiederzugeben. Er schilderte die Lage Rußlands und zählte die Maßnahmen auf, die im gemeinsamen Interesse Rußlands und der Alliierten sofort zu ergreifen seien. Kerenski wies auf die Gefahr hin, die Rußland laufe infolge des Friedens von Brest-Litowsk, dessen Folge gewesen sei, daß Deutschland seine Hand täglich schwerer auf das Land lege. Er befürwortete ein sofortiges brüderliches Einschreiten der Alliierten, um den gemeinsamen Kampf gegen die Mittelmächte auf russischem Boden fortzusetzen.

Der Vorsitzende Franklin-Bouillon dankte dem Redner und versicherte ihn unter einmütiger Zustimmung der Anwesenden des einmütigen Willens aller Parteien, Rußland weiterhin als Alliierten zu betrachten. Er fügte hinzu, daß alle diejenigen in Rußland, die den Kampf wieder aufnehmen wollen, des absoluten Beistandes Frankreichs versichert sein können.

Troelstra über Krieg und Frieden.

Amsterdam, 10. Juli. Ein hiesiges Blatt erfährt aus Paris: Troelstra weist in einer Unterredung, die er mit einem Vertreter des Blattes „Information" hatte, den Verdacht von sich, daß er mit einer der kriegführenden Parteien sympathisiere. Er stellte sich auf den speziell niederländischen Standpunkt, daß ein Abkommen mit der Entente zum bewaffneten Eingreifen Deutschlands führen würde. Troelstra erinnerte an seine Unterhaltung mit Zimmermann, der prophezeit habe, daß Frankreich, Belgien und Holland einer Zollunion beitreten würden. Troelstra zufolge hat Holland bei einem entscheidenden Siege einer der kriegführenden Parteien nur zu verlieren. Ein demokratischer dauerhafter Frieden könne Holland, welches nicht imstande sei, sich zu verteidigen, für seine nationale Entwicklung von Nutzen sein. Troelstra erklärte, daß er den Anstoß zur Abhaltung einer Konferenz in Stockholm gegeben habe. Er sagte, daß Deutschland damals schon einen Frieden wollte, da die deutsche Regierung den Minderheitssozialisten auf ihr Ersuchen Pässe ausgestellt habe. Heute sei das Verlangen nach Frieden in Deutschland wenig zwingend, doch der Stillstand der Offensive würde eine Reaktion hervorrufen, welche die Möglichkeit schaffen kann, wenn nicht die Sozialistenkonferenz zusammenzuberufen, so dann doch sie vorzubereiten. Troelstra ist der Meinung, daß die Vorteile, welche die kriegführenden Mächte erringen, eine Gefahr darstellen und daß dieser Krieg nur durch Vergleich endigen könne.

Albert Thomas, der dieses Interview bespricht, sagt, daß Troelstra ausgesprochen prodeutsche Sympathien habe, daß er jedoch als Bürger eines neutralen Landes nützliche Aufschlüsse geben könne.

Die Haager Gefangenenkonferenz.

London, 10. Juli. (Reuter.) **Die unionistische Kriegskommission beschloß, Lloyd George zu ersuchen, sofort einen Kabinettsminister, der jede Vollmacht hinsichtlich der Kriegsgefangenen habe, zu ernennen. Gleichzeitig sprach die Versammlung ihr Bedauern aus, daß Staatssekretär Cave aus dem Haag zurückgekehrt sei, bevor die Verhandlungen mit den Deutschen zu einem befriedigenden Abschluß gekommen seien.**

Die Leiche des Grafen Mirbach, die auf dem rheinischen Stammsitz der Familie in Harff beigesetzt wird, traf gestern in Berlin ein und wurde sofort weitergeleitet.

Ein Sowjet zur Lösung von Fragen des Friedensvertrages. Zur Bearbeitung der Fragen, die mit dem in Brest-Litowsk beschlossenen Friedensvertrag in Zusammenhang stehen, ist bei dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten ein Sowjet ins Leben gerufen worden. Der Vorsitzende dieses Sowjets wird vom Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten ernannt. Die Verhandlungen mit den Vertretern der Zentralmächte und die Durchführung des Brester Friedensvertrags durch die einzelnen Aemter geschehen nach vorheriger Fühlungnahme mit dem Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten.

Der neue englische Lebensmittelkontrolleur. London, 9. Juli. (Reuter.) Das Mitglied der Arbeiterpartei, Clynes, bisher Parlamentssekretär des Lebensmittelministeriums, wurde als Nachfolger von Lord Rhondda zum Lebensmittelkontrolleur ernannt.

Der U-Boot-Krieg im Mittelmeer. Berlin, 9. Juli. Von unseren U-Booten wurden im Mittelmeer versenkt: 5 Dampfer und 1 Segler von rund 15 000 B. R. T.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Ersatzwahl für Kaempf. Im 1. Berliner Reichstagswahlkreis findet, wie die „Freisinnige Zeitung" hört, die Ersatzwahl für den verstorbenen Abgeordneten und Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf am 15. Oktober statt.

Die Frauen und die 16. Reichstagskommission. Zu unserem gestrigen Bericht wird uns mitgeteilt, daß die dort irrtümlich Dr. Marie Baum zugeschriebene Rede von Dr. Marie Kaufmann gehalten worden ist.

Letzte Nachrichten.

Der Mörder des Grafen Mirbach ergriffen?

Frankfurt a. M., 10. Juli. Der „Frankf. Ztg." wird aus Moskau unterm 7. Juli gemeldet: Die Nachricht von dem Attentat, das politische Fanatiker auf den Chef der deutschen Mission Grafen Mirbach verübt haben, verbreitete sich in Moskau bereits in den Nachmittagsstunden des 6. Juli. Die schwerwiegende Nachricht, daß Rußland am Rande eines neuen Krieges stehen würde, wurde von der Bevölkerung Moskaus mit Resignation aufgenommen. Die Mörder wurden angeblich heute nachmittag ergriffen.

Paris unter deutschem Feuer.

Amsterdam, 10. Juli. Ein Telegramm des Reuterschen Sonderkorrespondenten meldet aus Paris: Am 10. Januar begannen die heftigen Luftangriffe auf Paris, während die Ferngeschießung am 28. März ihren Anfang nahm. Bis zum 10 Juni sind 20 Luftangriffe gemeldet, während in fünf Fällen zwecklos alarmiert wurde. An 30 Tagen wurde die Stadt durch das Ferngeschütz beschossen. Die ermittelten Ziffern in der Periode vom 1. Januar bis 30. Juni betragen 141 Tote und 152 Verwundete, mit eingerechnet die Toten, die infolge ihrer Verletzungen gestorben sind, und 66 weiteren Personen, die den Tod im Gedränge fanden, als sie sich nach unterirdischen Räumen begeben wollten, um Schutz vor den deutschen Bomben zu suchen.

Streik der englischen Flugzeugarbeiter.

Haag, 10. Juli. „Daily Expreß" berichtet, daß sich der Streik in der englischen Flugzeugindustrie ausbreitet. 22 000 Personen haben jetzt die Arbeit niedergelegt.

Groß-Berlin

Hinterpommersches vom Teltower Kreistag.

Einen in seiner naiven Unverfrorenheit recht erheiternd wirkenden „Vorkämpfer" besitzen, wie es scheint, die Interessen des Agrarier- und Händlertums in dem Lankwitzer Bürgermeister Beyendorff. Auf dem letzten Teltower Kreistag hat dieser Herr eine Rede gehalten, der wir folgende Geistesblitze entnehmen. Von den wichtigsten Nahrungsmitteln könnten wir selbst hinreichende Mengen aufbringen, aber man habe leider die Produktion zu stiefmütterlich behandelt, und der bäuerliche Selbstversorger sei auf dem Verordnungswege zum Teil schlechter gestellt, als der industrielle Schwerstarbeiter. Von ganz besonders verderblicher Wirkung sei das System der Höchstpreise gewesen. Ein dankbares Gebiet, wo vielleicht eine Preisregelung hätte erfolgen dürfen, seien die Arbeitslöhne der Munitionsarbeiter, die eine Höhe erreicht hätten, die lange nicht mehr als angemessen bezeichnet werden könne. Wozu aber seien z. B. Höchstpreise für Spargel, Erdbeeren und Gänse nötig? Es sei doch in der Tat ganz unerheblich, ob jeder Haushalt in der Lage sei, Spargel, Erdbeeren und Gänse zu verbrauchen! Der Schleichhandel sei eine „naturnotwendige Nebenerscheinung des Kommunismus", und die Kundenliste führe zu einer „unwürdigen Abhängigkeit des Käufers vom Verkäufer."

Wir könnten dem Redebukett des Lankwitzer Kommunalobérhaupts noch mehr Blüten entnehmen, möchten aber in dieser ernsten Zeit dem Ulk nicht einen allzu breiten Raum gewähren. Erstaunlich bleibt es auf alle Fälle, daß im Kulturkreise Berlins nach den Erfahrungen der letzten vier Jahre derartig Hinterpommersches produziert werden konnte.

Rückgang der Grippe.

Die Grippe hat, wie es scheint, ihren Höhepunkt in Groß-Berlin überschritten. Es kommen zwar noch neue Erkrankungen, sogar Rückfälle vor, indes waren nach den Angaben von Krankenkassen, Krankenkassenärzten, Krankenanstalten, Privatärzten und Kliniken usw. gestern schon mehr Krankenabmeldungen als Anmeldungen zu verzeichnen. Bösartige und schwere Komplikationen sind bei der jetzigen Epidemie nur in vereinzelten Fällen festgestellt worden. In der Mehrzahl der uns von Aerzten mitgeteilten Krankenziffern betrug die Dauer der Krankheit 4—10 Tage, selten 8—10 Tage. Nur bei Lungenkranken ist eine längere Dauer beobachtet worden. Todesfälle an Grippe wurden bisher in Groß-Berlin nur ganz vereinzelt angemeldet.

Die Uebersiedlung des Oberpräsidiums

nach Charlottenburg ist nunmehr erfolgt. Im Dienstgebäude des Charlottenburger Polizeipräsidiums am Kaiserdamm 1 befinden sich neben den allgemeinen Dienststellen des Oberpräsidiums noch die Provinzial-Kartoffelstelle, die Provinzial-Heu- und Strohstelle und die Nationalstiftung für die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. In Potsdam dagegen verblieben sind die Abteilung für die freiwillige Krankenpflege und die mit dieser zusammenhängende Abteilung des Roten Kreuzes. Um zahlreiche Irrtümer zu vermeiden, sei noch betont, daß nicht sämtliche Geschäftsstellen der Regierung von Potsdam nach Charlottenburg übergesiedelt sind. In Charlottenburg befindet sich lediglich das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg, während die königliche Regierung für den Regierungsbezirk nach wie vor ihren Amtssitz in Potsdam hat. Es treten nun vielfach Verwechselungen in der Adressierung von Eingaben und anderen Schriftstücken zutage, indem Sachen, die für die Regierung in Potsdam bestimmt sind, an das Oberpräsidium in Charlottenburg gerichtet werden. Das Publikum wird ersucht, alle Sachen, die das Oberpräsidium betreffen, einfach mit der Adresse „An den Oberpräsidenten in Charlottenburg", Sachen dagegen für die Regierung in Potsdam „An das Regierungspräsidium in Potsdam" zu adressieren. Namen und Titulaturen wolle man möglichst vermeiden. Personen, die ihre Angelegenheiten im Oberpräsidium mündlich erledigen wollen, haben sich im Zimmer 329 bei dem Regierungsboten anzumelden.

Marmelade. Gemäß dem Beschluß des Lebensmittelverbandes Groß-Berlin gelangt demnächst in Berlin auf Abschnitt 52 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin 225 Gramm und auf Abschnitt 53 200 Gramm Marmelade zur Ausgabe. Die Voranmeldung findet in den durch ein Aushängeschild gekennzeichneten Geschäften am 11., 12. und 13. Juli statt. Sobald die Ware den Kleinhändlern zugerollt ist, wird mit dem Verkauf begonnen.

Zur Metallbeschlagnahme. Alle Zuschriften an den Magistratskommissar sind portofrei einzusenden. Unfrankierte Briefe müssen an den Absender wieder zurückgehen, da solche Sendungen von der Post mit Strafporto belegt werden. Das Kriegsministerium hat lediglich für die von der beauftragten Beschlagnahmebehörde ausgehenden Briefe Portofreiheit durch eine besondere Ablösung erwirken können.

Auch ein Rekord! Die Zahl der Gesetze, Verordnungen usw., die in der ersten Hälfte dieses Jahres, vom 1. Januar bis zum 30. Juni erlassen und im „Reichs-Gesetzblatt" veröffentlicht worden sind, betragen nicht weniger als 168! Diese Gesetze eines halben Jahres beanspruchen einen Raum von fast 700 Seiten der großen Quartseite des „Reichs-Gesetzblattes".

Die friedliebenden Berliner. In der Provinz ist der Berliner noch heute vielfach als „Rauhbein" verschrien. Daß er in Wirklichkeit besser ist als sein Ruf, lehrt eine statistische Zusammenstellung, die der Posener Oberlandesgerichtspräsident Lindenberg soeben über die Tätigkeit der preußischen Schiedsmänner veröffentlicht. Danach ist die Zahl der Beleidigungssachen, mit denen sich die Schiedsmänner zu befassen hatten, im Jahre 1917 um rund 10 Prozent gegen das Vorjahr gesunken, und zwar von 127 000 auf 115 000. Es ist mithin ein Rückgang der anhängig gemachten Streitsachen in Höhe von über 12 000 festzustellen. An diesem Rückgang der Prozesse hat Berlin den größten Anteil, nämlich 2400, während im Bezirk des Oberlandesgerichts Kassel die geringste Abnahme zu verzeichnen war. Berlin hat also dem Rufe: „Seid einig und prozessiert nicht", von allen preußischen Städten am meisten Folge gegeben. Auch der Erfolg der schiedsmännischen Sühneversuche ist ein wenig gestiegen. 29 Proz. aller Händel konnten nämlich vor dem Schiedsmann friedlich beigelegt werden, wobei wieder die Reichshauptstadt hervorragend beteiligt ist. Immerhin blieb noch die stattliche Gesamtzahl von 82 000 Beleidigungsprozessen übrig, mit denen die ordentlichen Gerichte belastet wurden.

Liebesgaben für russische Kriegsgefangene. Bei der Abteilung für Kriegsgefangene in der hiesigen russischen Botschaft sind in diesen Tagen Liebesgaben aus Rußland eingetroffen: 8 Wagen Wäsche, 16 Wagen Zwieback, 8 Wagen Konserven, je 1 Wagen Tee, Zucker und Tabak und 7 Wagen mit Einzelpaketen. Die Abteilung ist an der Arbeit, um diese Liebesgaben möglichst rasch unter die russischen Kriegsgefangenen in Deutschland zu verteilen.

Im Admirals-Theater findet am Freitag die Erstaufführung der „Claudi vom Geiserhof" statt.

Reichshallen-Theater. Am 16. Juli treten die Stettiner Sänger ihre Urlaubsreise an; während dieser werden sie durch die vom vorigen Jahre bekannten Leipziger Seidel-Sänger vertreten.

Der „Hias" im Walhalla-Theater. Jeden Mittwoch und Sonntag 1/2 3 Uhr nachmittags, finden Volksvorstellungen zu halben Preisen statt. Die Abendvorstellungen beginnen um 1/2 8 Uhr.

„Feuer im Berliner Rathaus!" Dieser Ruf alarmierte am Mittwoch nachmittag kurz vor Bureauschluß die Berliner Feuerwehr. Sofort eilten fünf Löschzüge mit einigen 20 Fahrzeugen nach der Jüdenstr. 1/9. Dort sind zurzeit Arbeiter mit der Ausbesserung der Dächer beschäftigt. Hierbei war ein Kessel mit Teer übergekocht und hatten einige Dachsparren usw. Feuer gefangen. Durch Aufwerfen von Sand gelang es die Gefahr bald zu beseitigen. Die im Rathaus tätigen und dort verkehrenden Personen hatten zum größten Teil von dem Feuerlärm wenig oder gar nichts bemerkt. Der Schaden ist unerheblich.

Auf der Straße gestorben ist unter bedauerlichen Umständen die 26jährige Arbeiterin Agnes Tietz aus der Garde-du-Corps-Str. 18 in Charlottenburg. Wie die „Neue Zeit" hierzu meldet, erkrankte das Mädchen am vorigen Freitag unter heftigen Fiebererscheinungen an der Grippe. Da sich Komplikationen einstellten, begab sie sich nach dem Krankenhaus Westend, wo aber ihre Aufnahme aus irgend einem Grunde nicht stattfinden konnte. In der Absicht, Aufnahme im Cecilienhause nachzusuchen, bestieg sie einen Straßenbahnwagen, brach aber auf der Fahrt zusammen. Man half ihr aus dem Wagen und setzte sie am Luisenplatz auf eine Bank, wo sie kurz darauf starb. Die Leiche wurde nach dem Schauhause gebracht und nach Feststellung der Personalien wurde dem in Friedenau wohnenden Vater Mitteilung von dem Tode seiner Tochter gemacht.

Charlottenburg. Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Die Sprechstunden der städtischen Beratungsstelle für Geschlechtskranke im Charlottenburger Krankenhaus, Kirchstraße 19/20, finden sowohl für Männer wie für Frauen, nach Geschlechtern getrennt, viermal wöchentlich, und zwar Montags und Donnerstags von 8—9 Uhr abends und Mittwochs und Sonnabends von 12—1 Uhr mittags statt. Beratungsbedürftige werden hier unentgeltlich untersucht und beraten; eine Behandlung findet nicht statt.

Schöneberg. Gemeinnütziger Nachweis von Schlafstellen. Der Magistrat teilt mit: Der Städtische Wohnungsnachweis, der sich bisher auf Wohnungen jeder Größe, leere und möblierte Zimmer, erstreckte, hat jetzt die Vermittlung von Schlafstellen neu in sein Tätigkeitsbereich aufgenommen. Er will durch diese Einrichtung hauptsächlich den zahlreichen alleinstehenden Arbeiterinnen der Kriegswirtschaft dienen und ihnen die Suche einer einwandfreien Schlafgelegenheit in der Nähe der Arbeitsstätte oder mit guter Verbindung zu derselben in jeder Weise erleichtern. Daneben will er aber auch bei Vermietung der Schlafstellen hygienische Forderungen berücksichtigen. Die polizeiliche Genehmigung zum Halten von Schlafgängern wird erst dann erteilt, wenn die betreffende Schlafstelle vorher beim Wohnungsnachweis gemeldet ist. — Angebote von Vermietern und Nachfragen von Mietsuchenden werden in der Sprechzeit des Städtischen Wohnungsnachweises, Schöneberg, Grunewaldstr. 10, täglich von 9—1 Uhr und Montag und Donnerstag abends von 7—8 Uhr entgegengenommen. Die Vermittlung ist für beide Teile kostenlos.

Wilmersdorf. Abgabe von Frühkartoffeln. Als Vorausbelieferung für die Woche vom 15.—21. Juli dürfen bereits vom 10. Juli an auf die 4 Abschnitte 29 a und 29 b der Hauptkartoffelkarte je 1/2 Pfund, zusammen also höchstens 2 Pfund Frühkartoffeln, entnommen werden. Auf Sonderkartoffelkarten dürfen Kartoffeln nicht verabfolgt werden. Die endgültige Festsetzung der Kartoffelverbrauchsmenge für die nächste Woche erfolgt durch besondere Bekanntmachung.

Pankow. Lebensmittel. Es gelangen in den bekannten Geschäften als Ersatz für fehlende Kartoffeln: ausländische Haferflocken, Teigwaren (Wasserware) und Peluschken zum Verkauf. Es entfallen: auf die Abschnitte 115c der Kartoffelkarte je 50 Gramm ausländische Haferflocken, also zusammen 100 Gramm, auf die Abschnitte 115d je 75 Gramm Teigwaren, also zusammen 150 Gramm, auf die Abschnitte 115e, f und g zusammen 250 Gramm Peluschken. Der Preis für 100 Gramm ausländische Haferflocken beträgt 0,21 M., für 150 Gramm Teigwaren (Wasserware) 0,18 M., für 500 Gramm Peluschken 0,75 M., für 250 Gramm Peluschken 0,38 M. — Auf Sonderabschnitt V der neuen allgemeinen Zuckerkarte können zwei Pfund Einmachezucker entnommen werden. Eine Ausgabe von Kunsthonig findet mangels verfügbarer Bestände in unserem Orte nicht statt. Die Sonderabschnitte V verlieren mit dem 25. Juli 1918 ihre Gültigkeit.

Mariendorf. Kartoffelverkauf. An Kartoffeln können an die Bezugsberechtigten vom 8.—14. Juli nur die bei einzelnen Händlern verbliebenen Restbestände und eine geringe Menge der von hiesigen Landwirten gewonnenen Frühkartoffeln verteilt werden. Im Höchstfalle entfallen auf jeden Bezugsberechtigten 8 Pfund, die je nach Maßgabe der Vorräte von hiesigen Händlern oder von besonders bestimmten Landwirten zu beziehen sind. Abzuschneiden ist für jedes ausgegebene Pfund ein Doppelabschnitt 28 a, b, c. Als Ersatz werden für jedes ausfallende Pfund Kartoffeln 100 Gramm Hülsenfrüchte verabfolgt. Für je 100 Gramm Hülsenfrüchte ist ein Doppelabschnitt der Nummer 28 a—g der Kartoffelkarte abzutrennen. Der Preis für je 100 Gramm Hülsenfrüchte beträgt 15 Pf. Die als Ersatz ausgegebenen Hülsenfrüchte werden vom 10. d. M. ab durch die Kartoffelhändler verteilt. Gleichzeitig können bei dem zuständigen Kartoffelhändler die für die Abschnitte 27 f und g der Kartoffelkarte für die Zeit vom 1.—7. Juli noch zustehenden 200 Gramm Hülsenfrüchte zum Preise von zusammen 42 Pf. empfangen werden. Die Frühkartoffeln kosten im Kleinverkauf 15 Pf. je Pfund.

Cöpenick. Ausgabe von Süßstoffkarten. Die ab Juli gültigen Süßstoffkarten, a) H-Karten für Haushaltungen, b) G-Karten für Gastwirtschaften usw., gelangen in der Zeit vom 10. bis 19. Juli von 1/2 9—12 Uhr vormittags in der Kartenausgabestelle, Grünstraße, Laden, zur Ausgabe. Die Ausgabe der Süßstoffkarten an die einzelnen Vorstädte erfolgt an folgenden Tagen: den 10. für die Haushaltungen der Altstadt, den 11. und 12. für die Haushaltungen der Kietzvorstadt einschl. Wendenschloß, den 13. nur Ausgabe von G-Karten an Gastwirtschaften usw. sämtlicher Vorstädte. Den 16. und 17. für die Haushaltungen der Kölnischen Vorstadt. Den 18. und 19. für die Haushaltungen der Dammvorstadt einschl. Uhlenhorst. Am 15. findet keine Süßstoffkartenausgabe statt. Die Ausgabe der Süßstoffkarten für Haushaltungen erfolgt nur gegen Vorlegung der neuen, gelben Cöpenicker Hauptlebensmittelkarte (Serie XIV). An Kinder werden keine Süßstoffkarten verabfolgt.

Kreis Teltow. Kartoffelhöchstpreise für den Kleinhandel. Der Kreisausschuß macht bekannt: Der Preis von 1 Pfund Speisekartoffeln der Ernte 1918 (Frühkartoffeln), gleichgültig, ob sie inländischen oder ausländischen Ursprungs sind, darf im Kreise Teltow im Kleinhandel 15 Pf. nicht übersteigen. Ergibt sich beim Kleinkauf von Kartoffeln unter Zugrundelegung des Höchstpreises ein Kaufpreis mit Bruchteilen von Pfennigen, so darf der Preis auf volle Pfennige erhöht werden. Als Kleinhandel im Sinne dieser Verordnung gilt der direkte gewerbliche Verkauf an den Verbraucher, sobald er nicht mehr als 500 Kilogramm zum Gegenstande hat.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Einverständnis mit dem Aktionsprogramm.

Der sozialdemokratische Wahlverein für Berlin IV erörterte am Dienstag in einer Mitgliederversammlung den Entwurf des neuen Aktionsprogramms der Partei. Reichstagsabgeordneter Wissell gab in seinem Vortrag einen Ueberblick über die Forderungen dieses Programms, mit dem die Partei aus den unter dem Einfluß des Krieges geänderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen die notwendigen Schlußfolgerungen ziehe. Es solle nicht etwa, wie vielfach angenommen worden ist, das bisherige Programm ersetzen, sondern nur eine vorläufige Ergänzung dazu sein. Gewiß sei das Erfurter Programm abänderungsbedürftig, aber der gegenwärtige Zeitpunkt wäre für die Schaffung eines neuen Programms nicht geeignet. Das Aktionsprogramm wolle nur Grundlagen und Richtlinien für die wichtigsten Aufgaben bieten, die uns die nächste Zeit stellt. An den Aufgaben des Gegenwartsstaates, führte Genosse Wissell aus, müssen wir mitarbeiten, auch wenn dieser Staat uns nicht zusagt. Wir müssen die Macht, die wir haben, im Staat ausüben und sie zu erweitern suchen. Solange wir aber nicht die Mehrheit haben, werden wir gewisse Zugeständnisse machen müssen, wie auch die bürgerlichen Parteien sie uns machen. Wir müssen versuchen, positive Erfolge zugunsten der arbeitenden Volksschichten zu erreichen. Die Partei habe das auch vor dem Kriege schon lange und immer mehr getan, indem unsere Vertreter in den Parlamenten gegenüber den Regierungsvorlagen die Vorteile und Nachteile abwogen und danach ihre Entscheidung trafen. Dagegen sehe man bei der Gruppe der Unabhängigen ein Festhalten an der reinen Negation, wie sie es bei ihrer Ablehnung der Kriegsgewinnsteuer gezeigt habe. Der Redner erläuterte die Forderungen des Aktionsprogramms, die demokratische Durchdringung des Staates zur Durchführung der Volksherrschaft, die planmäßige Ueberleitung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft zur Sicherstellung der Lebensmittel- und Rohstoffversorgung, die Fürsorge für den Arbeitsmarkt nach Friedensschluß zur Verhütung von Arbeitslosigkeit und Lohndrückerei, die beratende und entscheidende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Uebergangsorganisation, die Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde des privaten Kapitals, die Wiederherstellung und künftige Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Ausland, eine die Abtragung der Kriegslasten ermöglichende und dabei die breite Masse des Volkes schützende Finanz- und Steuerreform des Reiches, zur Erneuerung der durch den Krieg geschädigten Volkskraft den jetzt besonders notwendigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, schließlich eine Reihe kommunalpolitischer Forderungen. Wenn, schloß Genosse Wissell, alle Forderungen dieses Aktionsprogramms von uns durchgesetzt werden könnten, so dürften wir froh sein. Unsere Vertretungen in den Reichs-, Staats- und Gemeindeparlamenten werden um so mehr davon verwirklichen, je mehr die Macht der Arbeiterklasse hinter ihnen steht. Dazu ist erforderlich, daß sie sich auf starke und leistungsfähige Organisationen der Arbeiterklasse stützen können. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine längere Erörterung, in der fast alle Redner ihre volle Zustimmung aussprachen. Gegenüber der Forderung staatlicher Monopole machte Genosse Kirschnick den Vorbehalt, daß man im Hinblick auf die heutige Regierung hier doch Bedenken haben müsse. Genosse Köbbel betonte die Notwendigkeit praktischer Arbeit, von der die Sozialdemokratie keineswegs die Umwandlung in eine bloße Reformpartei zu fürchten habe. Zu einer Bemerkung des Genossen Gebhardt, schon vor dem Kriege sei die Revision des Programms nötig gewesen, stellte Genosse Kayser fest, daß es sich bei dem Aktionsprogramm noch nicht um eine Programmrevision handelt. Eine solche könne sich nur auf richtige Erkenntnis der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse gründen, die aber jetzt noch gar nicht stabil seien. Das Wichtigste in dem Aktionsprogramm sei der Grundgedanke praktischer Mitarbeit, in der auch ein Merkmal der Unterscheidung von den Unabhängigen liege. Die Sozialdemokratie werde nicht zu allem Ja und Amen sagen, sondern durch ihren Einfluß die politische und wirtschaftliche Entwicklung zugunsten des arbeitenden Volkes zu gestalten suchen. Genossin Martha Hoppe begrüßte die Forderung weitgehenden Mutterschutzes, der noch den Blutopfern dieses Krieges und nach seinen auch die Frauenkraft verwüstenden Wirkungen dringender als jemals nötig sei. Zu wünschen sei, daß die Frauen dem politischen Leben und den Arbeiterorganisationen mehr Teilnahme entgegenbringen. Eine Frage des Vorsitzenden Genossen Klingler, was von der Befürchtung zu halten sei, daß aus dem parlamentarischen System sich parlamentarische Korruption entwickeln könnte, wurde vom Genossen Wissell in seinem Schlußwort beantwortet. Die beste Kontrolle des parlamentarischen Systems sei eine die Massen tief erfassende Organisation der Massen selbst, in der Frankreich, England und Amerika noch weit hinter Deutschland zurückstehen. Auch das Bedenken gegen Staatsmonopole werde hinfällig, sobald die demokratische Durchdringung des Staates dem Volk entscheidenden Einfluß auf die Regierungsgewalt sichert.

Spandau. Freitag, den 12., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Steinmetz, Bismarckstr. 8. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig. Alle Vorwärtsleser und Freunde der S. P. D. sind zu der Versammlung eingeladen.

Lichtenberg. Sonntag, den 14. Juli, Familienausflug des Bezirks Lichtenberg (Sozdem. Verein Niederbarnim) nach der Oberspree. Besichtigung des Bootshauses des Rudervereins „Vorwärts" in Oberschöneweide. Gelegenheit zum Kaffeekochen ist vorhanden. Treffpunkt Platz am Spreetunnel bzw. am Lokal von Zenner vorm. Knape nachmittags 2½ Uhr. Zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht.

Soziales.

Zulagen zu Verletztenrenten aus der Unfallversicherung.

Auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 17. Januar 1918 erhalten diejenigen Verletzten, die auf Grund der Bestimmungen der Unfallversicherung eine Rente von 66⅔ Proz. beziehen, von der Berufsgenossenschaft eine Zulage von monatlich 8 M. zu ihrer Rente. Die Zahlung ist nur auf Grund eines Antrages der Verletzten zu gewähren und darf nicht länger als drei Monate vor Eingang des Antrages nachgezahlt werden. In § 1 der Bekanntmachung wird ausgesprochen, daß die Gewährung nur abzulehnen ist, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß die Zulage nicht benötigt wird.

Der Unfallverletzte W. erhielt von der Lagerei-Berufsgenossenschaft für die Folgen eines am 3. November 1897 erlittenen Betriebsunfalles die Vollrente. Er stellte auf Grund obiger Bundesratsverordnung den Antrag auf Gewährung des Zuschusses. Der Antrag wurde von der Genossenschaft abgelehnt, weil „W. die Zulage nicht benötige". Die Genossenschaft erklärte zur Begründung, daß der Betrag der Unfallrente 886,20 M. betrage, W. aber außerdem noch Privatvermögen besitze, aus dem er einen ansehnlichen Zinsgenuß habe. Gegen die Ablehnung wurde Einspruch beim Königl. Oberversicherungsamt Groß-Berlin erhoben. Die Spruchkammer IV — II. 1563/4 18. IV. — verurteilte die Genossenschaft zur Zahlung: „Das Oberversicherungsamt sieht Kläger trotz eines Kapitaleinkommens von 762 M. jährlich während der Kriegszeit als bedürftig an und hat ihm daher die Zulage vom 1. Februar 1918 an zugesprochen."

Diese Entscheidung entspricht den tatsächlichen Verhältnissen weit mehr als die Stellungnahme der Berufsgenossenschaft, die wohl das Einkommen des Klägers zusammengerechnet hat, nicht aber die Allgemeinen Verhältnisse auf dem Wirtschaftsmarkte berücksichtigt.

Die Bekämpfung der Tuberkulose durch Schularzt und Lehrer.

In der Zeitschrift für Medizinalbeamte, Heft 8, 1918, kritisiert Medizinalrat Dr. Wengler die gegenwärtige Methode der Tuberkulösenernährung. Er bezeichnet sie als nicht ökonomisch und wenig aussichtsreich, da die für den Tuberkulösen bestimmten Zusatzmittel seinem Haushalt zufließen. Der Tuberkulöse erhält nur soviel davon, als seiner mehr oder weniger dominierenden Stellung in Ernährungsfragen im Haushalt entspricht. Die Tuberkulosebekämpfung muß, soll sie aussichtsreich sein, bei der heranwachsenden Jugend im schulpflichtigen Alter einsetzen. Es sind für tuberkulosegefährdete Schüler öffentliche Schulspeisungen besonderer Art zu empfehlen. Aehnliche öffentliche Speisungen sind auch für erwachsene Tuberkulöse vorzusehen. Dadurch ist Gewähr gegeben, daß der Betreffende die Zusatzmittel auch richtig bekommt.

Gerichtszeitung.

Im Dämmerzustande will der Kaufmann Walter Döring, der ein Spezialist in der Ausübung von Hoteldiebstählen ist und im Jahre 1912 wegen eines solchen zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, die Tat verübt haben, welche ihn wiederum vor die 7. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte wurde am 22. November v. J. nachmittags dabei betroffen, als er aus einem Schlafzimmer, in welchem die Stubenmädchen des Hotels Esplanade schlafen, herauskam. In dem Zimmer waren sämtliche Schränke erbrochen und ein Karton befand sich dort schon zum Mitnehmen verpackt; darin waren zwei Geldtaschen, Geld, eine goldene Damenuhr, Seife usw. enthalten, Gegenstände, die den Zimmermädchen gehörten. Auf die Frage, was er in dem verschlossen gewesenen Zimmer zu suchen habe, erklärte der Angeklagte: „Er sei der Dachdecker und habe keinen anderen Ausgang gefunden." Es ist dies dieselbe Ausrede, die er auch in den früheren Fällen in Anwendung gebracht hat. Er suchte dann schleunigst zu entkommen, wurde aber festgenommen und der Polizei übergeben. Im Termin behauptete der Angeklagte, daß er die Tat im Dämmerzustande begangen haben müsse; er will sich nur erinnern, daß er die Tür unverschlossen vorgefunden habe, wisse aber gar nicht, was er in dem Zimmer getan habe. Er sei Alkoholiker, habe an jenem Tage viel getrunken und habe auch gar keine Vorstellung davon, daß er zu irgend einem bestimmten Zweck in das Hotel gegangen sei. Seine Behauptung, daß er erblich stark belastet und auch schon in Dalldorf und Herzberge wiederholt untergebracht gewesen sei, bestätigte sich; er ist aus diesen Anstalten auch wiederholt entflohen. Nach gerichtsärztlichem Gutachten ist er aber nur als minderwertiger Mensch anzusprechen, auf den der § 51 Str.-G.-B. keine Anwendung finden könne. Der Verteidiger meinte, daß hier einer der Fälle vorliege, wo man das Fehlen einer Zwischenstufe zwischen Irrenhaus und Gefängnis bedauern müsse. — Der Staatsanwalt beantragte zwei Jahre Zuchthaus. Das Urteil lautete auf drei Jahre Gefängnis.

„Liebe und Trompetenblasen." Nach 14 Jahren ist der Musikus Max Neuendorf, der sich wegen eines Aktes des schnödesten Undanks vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III zu verantworten hatte, seiner gerechten Strafe verfallen. Der Angeklagte, der mit einem nicht guten Führungszeugnis vom Militär entlassen worden war, lernte im Jahre 1904 einen Beamten kennen, der großes Interesse an dessen Fortkommen nahm, ihm Unterkommen in dem von ihm verwalteten Hause gewährte, ihm mit allen Mitteln förderlich war und auch den Verkehr in seiner Familie gestattete. Anfangs 1905 erhielt der Angeklagte Anstellung bei der Kapelle des Wintergartens, wo er die Trompete blies. Die Frau seines Wohltäters hatte, wie man zu sagen pflegt, eine musikalische Puschel und es gelang dem Angeklagten sehr bald, mit seinen Kunstleistungen auf der Trompete das Herz der Frau zu erobern. Das Pärchen faßte den Entschluß, gemeinschaftlich nach Amerika durchzubrennen, wo eine Angehörige der Frau wohnt. Dazu brauchten sie Geld. Die verliebte Frau wußte, daß ihr Ehemann auf der Depositenkasse einer hiesigen Bank ein Konto hatte und sie begleitete den Angeklagten eines Tages nach dem Kassenlokal. Dort überreichte der Angeklagte eine Quittung über 1340 M., die er mit seinem Namen und dem Vermerk: „für Rechnung des . . . (Name des Kontoinhabers)" versah. Er erhielt das Geld auch durch ein Versehen des Bankbeamten ausgezahlt. Auf der Depositenkasse hatte nämlich noch ein anderer Neuendorf ein Konto und der betr. Beamte hielt den Ueberbringer der Quittung für diesen Kontoinhaber und da er den Vermerk „für Rechnung . . ." übersah, konnte der Angeklagte die 1340 M. einstreichen. Für den Betrag ist der Bankbeamte ersatzpflichtig geworden. Noch während seines Verkehrs in der Familie seines Wohltäters hat der Angeklagte von diesem eine Uhr zum Gebrauch erhalten, außerdem hat der gutmütige Mann ihm auf seinen Wunsch ein Cello gekauft, dessen Kaufpreis nach und nach abgezahlt werden sollte. Alle diese Wohltaten lohnte der Angeklagte damit, daß er mit der Frau auf und davonging, ja, sogar auch den Sohn mitnahm, den der Vater nach Einreichung der Ehescheidungsklage erst nach vieler Mühe zurückerhalten konnte. Die Durchbrenner lebten dann zusammen in Pittsburg in Nordamerika, bis der Angeklagte, der mit einer häßlichen Krankheit behaftet war und auch die Frau krank gemacht hatte, im Jahre 1913 nach Berlin zurückkehrte, da er wohl glaubte, daß über die Sache schon Gras gewachsen wäre. Das war aber nicht der Fall, da die Verjährung durch gerichtliche Akte stets unterbrochen worden war. Im Oktober 1918 verurteilte das Schöffengericht den Angeklagten wegen Unterschlagung in drei Fällen zu 3 Monaten und 1 Woche Gefängnis. Hiergegen wurde beiderseits die Berufung eingelegt. Die Termine mußten aber wiederholt vertagt werden, u. a. auch weil Rechtsanwalt Bahn für den Angeklagten den § 51 St.G.B. geltend machte. Medizinalrat Dr. Störmer begutachtete nun gestern, daß der Angeklagte zwar nervenkrank sei, aber nicht unter den § 51 falle. — Die Strafkammer erhöhte die Strafe auf 6 Monate Gefängnis.

Aus aller Welt.

Zusammenstoß zweier amerikanischer Personenzüge.

Nashville, 10. Juli. Reuter. Bei einem Zusammenstoß zwischen zwei Personenzügen wurden hundert Personen getötet. Das Hospital ist überfüllt. Mehr als 80 Personen wurden verwundet. In einem Waggon wurden alle Reisenden getötet. Die Maschinisten und Heizer beider Züge sind tot. Die Ursachen des Zusammenstoßes sind unbekannt.

Briefkasten der Redaktion.

A. J. 100. Wenden Sie sich an die Oberpostdirektion, C. 2, Königstraße 61. — **Welt 1001.** Nein. — **M. P. 46.** Die Kirchhofsverwaltung hat natürlich das Recht dazu, wenn Sie sich nicht mit ihr einigen können. — **Landsturm 100.** Ja. — **Union 1918.** Wir haben in dieser Zeit mehr zu tun, als uns den Kopf über Ihre Kinkerlitzchen zu zerbrechen. — **Erich 155.** Ein solches Gesuch halten wir für aussichtslos. **A. J. 200.** Wenden Sie sich an das Kriegsministerium. — **K.** Ja. — **F. K. 100.** Nein. — **Ldstrm. L. Sch.** Allgemeine Körperschwäche, Krankheiten der Harn- oder Geschlechtsorgane. — **Nr. 53728.** 1. Ja. 2. Das würde nicht erheblich sein; wenn die Mutter für den Bruder Unterstützung erhalten hat, wird ihr jetzt auf Antrag das Kriegselterngeld gewährt werden. 3. Bis zu 250 M. im Jahr. 4. Ja. 5. Er kann sonst bestraft werden. — **P. W. 153.** Sie bzw. Ihre Frau können ein solches Gnadengesuch machen. Ihre Frau könnte um Strafaufschub in Rücksicht auf die dringenden Familienverhältnisse bei der Staatsanwaltschaft einkommen. — **Veritas.** Es wird sich in diesem Falle nur um einen Schreibfehler handeln. Uebrigens ist das durchaus nicht zu Ihren Gunsten, daß die Waren erst 1916 bezogen wurden. Sie sind deshalb doch zur Zahlung verpflichtet. — **M. H. 36.** Es empfiehlt sich, wenn Sie schon vor der Niederkunft sich für die Reichswochenhilfe anmelden, und zwar bei der Krankenkasse, bei der Ihr Ehemann vor Einziehung zum Heeresdienst Mitglied war.

Wasserstandsnachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde,
mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am		8. cm	9. cm	Wasserstand am		8. cm	9. cm
Memel	Tilsit	131	—	Saale	Grochlitz	83	72
Pregel	Insterburg	—15	—	Havel	Spandau	80	84
Weichsel	Thorn	18	—	„	Rathenow	—12	—15
Oder	Ratibor	148	107	Spree	Spremberg	130	96
„	Krossen	109	126	„	Beeskow	188	192
„	Frankfurt	115	143	Weser	Münden	120	116
Warthe	Schrimm	80	—	„	Minden	180	180
„	Landsberg	—4	8	Rhein	Maximiliau	—	—
Netze	Vordamm	—11	—22	„	Caub	248	—
Elbe	Leitmeritz	138	87	„	Cöln	218	—
„	Dresden	63	2	Neckar	Heilbronn	48	—
„	Barby	171	244	Main	Hanau	100	—
„	Magdeburg	108	150	Mosel	Trier	11	—

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Ziemlich warm, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenfällen, strichweise Gewitter.

Gewinnauszug der 12. Preußisch-Süddeutschen (238. Königlich Preußischen) Klassenlotterie

1. Klasse 2. Ziehungstag 10. Juli 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

In der Vormittags-Ziehung wurden Gewinne über 60 Mk. gezogen: 2 Gewinne zu 50 000 Mk. 102366

2 Gewinne zu 30 000 Mk. 42068

2 Gewinne zu 10 000 Mk. 24782

8 Gewinne zu 400 Mk. 91499 149281 166217 194647

10 Gewinne zu 300 Mk. 15390 78187 85451 107918 116959

18 Gewinne zu 200 Mk. 33514 53773 66125 72736 100507 145998 183640 192205 206006

60 Gewinne zu 100 Mk. 6362 10200 10676 11807 18119 37939 48658 56580 79098 90058 95154 102793 104071 106619 107008 107854 108353 111886 114198 114339 115022 132489 133654 143166 161425 165794 171490 180813 198428 207761

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 60 Mk. gezogen:

2 Gewinne zu 3000 Mk. 144583

2 Gewinne zu 1000 Mk. 165175

4 Gewinne zu 500 Mk. 154769 184372

4 Gewinne zu 400 Mk. 10530 106604

16 Gewinne zu 300 Mk. 49130 110058 137081 166146 182098 200052 210049 212967

10 Gewinne zu 200 Mk. 28421 89941 103562 148392 212687

78 Gewinne zu 100 Mk. 1594 7956 10542 24286 24916 30463 35105 46436 51664 52273 56381 57765 57833 61040 69531 71028 76355 93159 93190 93680 99701 109591 117770 124621 127973 129024 132285 135895 139493 156662 158559 167910 168996 175024 185420 187744 193777 195718 204306

Die Ziehung der 2. Klasse der 12./238. Preußisch-Süddeutschen Klassen-Lotterie findet am 13. und 14. August 1918 statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Ziseleur

Waldemar Molitor

Schönblick b. Erkner am 7. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 6 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Woltersdorf aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Maschinenarbeiter

Gustav Henkel

Neukölln, Mainzer Str. 5 am 7. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeindefriedhofs, Mariendorfer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drücker

Adolf Sasse

Gr. Frankfurter Str. 107 am 8. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. Juli, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg-Hohenschönhausen aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

August Zedel

Elbinger Str. 12 am 6. Juli gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 11. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des Auferstehungs-Kirchhofes in Weißensee, Lichtenberger Straße 110, aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Schlosser

Max Schröder

Plötzenberg, Finowstr. 26 am 4. Juli gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

114/17 Die Ortsverwaltung.

Am 5. Juli starb nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Schwager, Schwiegervater und Onkel, der Böttcher

Otto Naß

im 48. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten die tiefbetrübten Hinterbliebenen 948

Witwe Anna Naß geb. Reese nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Friedhof Mariendorfer Weg statt.

Zentralverband der Böttcher, Weinküfer u. Hilfsarbeiter Deutschlands. Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Otto Naß

am 5. Juli im Alter von 48 Jahren gestorben ist.

Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4½ Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Gemeinde-Friedhofs in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt. 22/11

Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Filiale Groß-Berlin.

Den Mitgliedern geben wir hiermit Nachricht vom Tode des Kollegen

Otto Herold

von der 26. Revierinspektion.

Beerdigung am Freitag, den 12. Juli, nachmittags 4½ Uhr, von der Halle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmsberg aus.

Ehre seinem Andenken!

Um rege Beteiligung bei der Bestattung des Kollegen ersucht:

32/15 Die Ortsverwaltung.

Verein der Freidenker für Feuerbestattung. Sitz Berlin. Gegr. 1905.

Am 5. d. Mts. verstarb unser Mitglied, der Oberpostschaffner a. D.

Otto Heydrich

Schöneberg, Cranachstr. 14.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag mittags 12 Uhr im Krematorium Gerichtstraße statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht 298/8

Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Marmelade.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 18. Oktober 1916 wird für den Gemeindebezirk der Stadt Berlin bestimmt:

1. **Auf Abschnitt Nr. 52 der Lebensmittelkarte der Stadt Berlin entfallen 225 Gramm, auf Abschnitt 53 der Lebensmittelkarte 200 Gramm Marmelade.** Der Kleinhandelshöchstpreis beträgt 92 Pfennig für das Pfund. Es kosten hiernach 225 Gramm 42 Pf. und 200 Gramm 37 Pf. Eine Ueberschreitung des Höchstpreises ist strafbar.
2. Die Abschnitte 52 und 53 sind nur in den durch ein Aushängeschild:
   „Verkauf von Marmelade auf Lebensmittelkarten der Stadt Berlin"
   gekennzeichneten Geschäften gegen Empfangsbescheinigung abzuliefern, und zwar am **11., 12. und 13. Juli. Nachträgliche Anmeldung findet nicht statt.** Es ist unzulässig, die Kartenabschnitte in Geschäften abzugeben, in denen nicht das vom Magistrat ausgegebene Aushängeschild angebracht ist. Geschäften, die nicht im Besitze des Aushängeschildes sind, ist die Annahme von Kartenabschnitten verboten.
3. Die Kleinhandelsgeschäfte haben die von ihnen angenommenen Kartenabschnitte an einen der ihnen bekannt gegebenen Großhändler bis zum **15. Juli** einschließlich abzuliefern. **Jeder Kleinhändler muß, sobald die Ware zur Stelle ist, mit dem Verkauf beginnen und durch Anschlag anzeigen.**

Da die Marmeladefabriken häufig nicht in der Lage sind, die volle Menge auf einmal zu liefern, ist es möglich, daß in einzelnen Kleinhandelsgeschäften sich der Verkauf der Marmelade hinauszögert. **Auch bei einer solchen Verzögerung der Lieferung ist jedoch eine Nichtlieferung keinesfalls zu befürchten.**

Berlin, den 10. Juli 1918.

Magistrat der Königl. Haupt- und Residenzstadt.
Abteilung für Obst- und Gemüseversorgung.
Runge. 2132/20

Große Bureauräume Lindenstraße 3 Vorderhaus 1. Etage sofort zu vermieten

Spezialarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnh. Behandl. von Syphilis, Haut-, Harn-, Frauenleiden, bez.: chron. Fälle. Schmerzlose, kürzeste Behandlg. ohne Berufsstörung. Blutuntersuchung. Mäß. Preise Teilzahlung. Sprechstunden 11 bis 1 und 5—8, Sonnt. 11—1.

Ziehung schon 20. Juli
Jubiläums-Lotterie
3667 Gewinne = Markwert
Haupt-gewinne 100 000 50 000 10 000
Los 3,— M. Porto u. Liste 45 Pf. extra.
10 Lose für 30.— M. einschl. Porto und Liste.
H. C. Hahn's Wwe., Berlin S 14, Alexandrinenstr. 70 u. Prinzenstr. 79.

Kaufe nur Freitag, den 12. und Sonnabend, den 13. Juli, von 10—6 Uhr, alte, auch zerbrochene
Zahn-Gebisse
sow. alte Holzbrennstifte im Hotel „Zum grünen Baum", Krausenstr. 56—58, Zimmer 1. part.
Zahle pro Zahn bis 4,00 M. Platin pro Gr. 7,80
Frau Wagner.

Juckkrätze verschwindet in wenigen Tagen durch Reichels Krätzebalsam, der auch in den hartnäckigsten Fällen vollkommen sicher wirkt. Fl. 4.50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstraße 34.

Keine Wanze mehr für M. 2.— nur mit Kammerjäger Berg's Nicodan I und II zu erzielen. Jetzt beste Zeit zur Brutvernichtung. Erfolg verblüffend. Kinderleicht anzuwend. Ges. gesch. Doppelpak. M. 2.—. Ausreich. für 1—3 Zimmer u. Betten. Alleinverkauf: Sämtliche Warenhäuser A. Wertheim. Bei Einsendung von M. 2.40, a. Postscheckkonto Berlin 31286. Portofr. Zusend. n. ausw. d. Gen.-Vertr. Herm. A. Groesel, Berlin, Königgrätzer Str. 49. Tel. Kurf. 4741. 202/17*

Verkauf oder tätige Beteiligung
Holzbearbeitungsfabrik und Dampfsägewerk
Neue Gebäude mit modernen Spezialmaschinen zur Anfertigung von Holzschuhen, Holzschuhsohlen, Pantinenhölzer, Einlegesohlen, Holzpantinen. Kompl. Einrichtung für Schuhfabrikation, Fabrik befindet sich im Betrieb. Heeresaufträge laufend vorhanden, sucht tätigen Teilhaber evtl. Unternehmen verkäuflich. Vermittler verbeten. 257
Anfragen zu richten unter K. S. 150 Exp. d. Blattes.

J. F. Rauch Invalidenstr. 164 Ecke Brunnenstraße
1917er vorzügl. Rotwein Oberingelheimer Fl. 6,50
Zeltinger Himmelreich 7,75
Süßer Obstschaumwein vorzüglich Fl. 5,50, 10 Fl. 52,50 8142

Lungen- und Halskranke. Verlangen Sie kostenfrei belehrende Broschüre über Heilmethode ohne Berufsstörung. Aerztl. Heilanstalt Sanavita, vorm. Sanitätsrat Dr. Weise's Ambul. Berlin 117, Potsdamer Str. 123b II.

Auskunft umsonst bei Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerz über uns. tausendf. bewährten, patentamtl. geschütz. Hörtrommeln. Bequem u. unsichtb. z. tragen. Aerztl. empfohlen. Größte Glänzende Anerkennungen.
Sanis Versand München 1125.

Spezialarzt Dr. med. Laabs
beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsstör. Geschlechtskrankheit., geheime Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche. Erprobteste Methoden. Harn- und Blutuntersuchung.
Königstr. 34/36, Bahnhof Alexanderpl.
Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 10—1

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt,
Potsdamerstr. 117a. d. Lützowst. ½12-2, 6-½10
Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen. Modernstes, erfolgreichst. Heilverfahren. Teilz. Siebeck Zeit. harf. Brosch. 0,60 M., nach außerhalb verschlossen 1 M.

Erfinder
Patent-, Gebrauchsmstr.-Anmeldung, Verwertung. Patentbüro, Berlin C, Königstr. 64. Str. 7800.

Haemorrhoiden schwind. schnell u. schmerzl. durch Myrobalanum, sicher bew. äußerl. Anw. M. 3,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Mäuse- und Ratten-Plage beseitigt „Mäusefort" (1,75 M.), „Rattenfort" (2,— M.). Ein Röhrchen für 20 qm ausreichend. Unschädlich für andere Tiere. 1075L*

Wanzen vernichtet radikal „Wanzenfort". Preis 2,25, 4,25, 7,75 M. Porto und Verpackung 50 Pf. Zahlreiche Anerkennungen.

Apotheker V. Sittig, Berlin W 9, Linkstr. 29.

Nr. 188 — 1918

Unterhaltungsblatt des Vorwärts

Donnerstag, 11. Juli

Der Wanderzirkus.

Von Paul Elmer (Berlin).

Vor meinem Hause prangt eine grüne, saftige Wiese. Rings herum ist ein grauer, verwitterter Zaun. Vorstadtluft weht. Die Mietskasernen stehen nicht mehr erstickend Mauer an Mauer. Hier dürfen die Menschen wieder freier atmen. Viel schönere Wiesen sah ich. Diese ist eine Oase, ein winziges und doch so freudebringendes Stückchen Natur, an das sich zwischen Stein und Holz und Gerümpel das sehnende Menschenauge klammert jeden Tag. Und die Zehntausende, die dort drüben gepfercht hinter den dunstigen Mauern hausen, nennen sie die Zirkuswiese.

Ihr gilt morgens und abends mein erster und mein letzter Blick. Gerade über dem saftigen Grün dort zwischen den enggeschmiegten beiden Kirchtürmen taucht der Sonne blutroter Ball erlöschend in den Horizont.

Wiese, wie wunderlich siehst du mir aus! Ein Neues, Plötzliches ist gekommen in dein bescheidenes Großstadtidyll. Ueber Nacht zwischen Wachen und Träumen. Hinter dem öden Zaun wölbt es sich massig wie der Riesenbuckel einer grauen Maus, umspielt von den Strahlen der Morgensonne. Schirmend bilden gelbe, braune und blaue Wagen um die Riesenmaus einen weiten Kreis. In der Stille der Nacht zog er ein in sein neues kurzlebiges Wunderreich, der Wanderzirkus. In den bunten Wohnkarren regt es sich langsam. Aus dem schmalen eisernen Küchenschlot kriecht gemächlich ein grauweißes Rauchwölkchen. Eine dicke Frau, die schwammigen Reize in der Wieseneinsamkeit mehr enthüllend als verbergend, schleppt einen Kübel Kaffee von Wagen zu Wagen. Begehrend strecken sich nackte Arme, schneeweiße und dunkelfarbige, sehnige. Nach der langen Landfahrt und der harten Nachtarbeit, dem Wohle der gelehrigen Vierbeiner gewidmet, mundet der heiße Morgentrank doppelt gut.

Schnell kommt frisches Leben in das ungewohnte Wiesenbild. Noch heute abend soll gespielt werden. So künden es seit Wochen die grellfarbigen Anschläge in tausend Schaufenstern. Werden sie es schaffen, so förmlich aus dem Nichts auf der grünen Wiese? Zeit ist Geld. Auch bei Zirkusleuten. Wie in ein Uhrwerk paßt ihr halsbrecherisches Handwerk hinein. Die über Nacht geborene graue Riesenmaus, das ist ja nur der schwache Anfang all der volkstümlichen Herrlichkeiten, die Wohnung des Kostbarsten, was der Wanderartist besitzt: seiner Tiere.

Hunde bellen, Pferde wiehern, Raubtiere brüllen. Ein pechschwarzer, schlanker Gaul hat den Weg aus dem schützenden Zelt auf die Wiese gefunden. Kläffend jagt die Hundemeute hinterdrein. Wie tollwütig rast der schwarze Teufel am Zaunrand entlang. Ein Lasso schwirrt durch die Luft ... ein Ruck ... und der Gaul wälzt sich mit allen Vieren nach oben am Boden. Eine köstliche Freiheitsdressur wie im echten Wild-West haben die Anwohner, die aus den Fenstern schauten, erlebt.

Kommandoworte schallen. Mächtige Eisenpflöcke bohren sich unter wuchtigen Hammerschlägen in den Boden. Zwei haushohe, bewimpelte Mastbäume schwanken als Hauptstützen des werdenden Vorführungszeltes wippend zu kerzengerader Höhe. Um sie herum breitet sich wie eine riesige Fischhaut, wie die Hülle eines entgasten Luftballons, das zusammengekrochene Zeltdach des Wanderzirkus. Jeder ist an seinem Posten. Ein halbes hundert Hände fassen geübt in ein Gewirr von Leinen und Drähten. Eins ... zwei! Eins ... zwei! Ruck um Ruck schwillt die Haut, legt sich in wohlabgemessene Falten, strafft sich, nimmt Gestalt an, bläht sich stolz im Winde, als sei sie sich der Kunst, die unter ihrem Schutze Triumphe feiern soll, bewußt.

Aus den Beiwagen schälen sich kunterbunt Hürden und Krippen, Stangen und Reifen, Klappsitze und Stoffballen und alle die hunderterlei Dinge, die zum eisernen Bestande auch des kleinsten Zirkus gehören. Wanderartisten sind Raumkünstler. Nur nicht Platz und Arbeit verzetteln. In dem scheinbaren Chaos herrscht planmäßige Ordnung. Freilich ... das Schönheitsauge kommt nicht auf seine Rechnung. Alles ist „Bruch", zeugt von jahrzehntelangem Gebrauch, vom Staub auf der Landstraße, vom Nomadenleben des „fahrenden Volkes". Was schadet's denn? Was verschlägt's der Volkstümlichkeit jener ursprünglichen Zirkuskunst, deren poesieumwobener Schimmer auch das anspruchsvolle Großstadtleben noch nicht zerstören konnte? Ich sah schlechtere Zirkuskünste, schlechtere Dressuren inmitten des trügerischen, augenblendenden Glanzes. Mit dem Herzen gehe ich zu diesen bescheidenen Künstlern, die so verschlossen sind, wie das harte, unstete Wanderleben sie von Jugend auf formt, und die doch so anziehend zu erzählen wissen, wenn nicht Blasiertheit ihr reiches Können belächelt.

Nein, sie sind keine Anfänger und Stümper. Wißt ihr denn, ihr vom hochverehrlichen Publikum, daß hier im Zeltzirkus die Kunstwiege der meisten Berühmtheiten der Manege stand? Die auf der Galerie und auf den anderen billigen Plätzen wissen es. Die haben einen scharfen Blick für Kraftleistungen auf dem gelben Sande. Ein bitterhartes Ringen ist es um Brot und Ruhm. Bis irgend ein fixer Agent die Sterne entdeckt und von der Landstraße auf die Weltbühnen entführt. Oft freilich auch wandelt beste Zirkuskunst den ungelehrten Weg. Eine verblühte Pferderückenschönheit, ein Artistenvater mit steif gewordenen Knochen, ein Spaßmacher, dem die dickste Schminke das hohe Alter nicht verdeckt, findet immer noch mitleidige Unterkunft in einem Zeltzirkus und berauscht sich in stillen Stunden an längst vertrocknetem Ruhmesgemüse. Es ist das Schicksal des ausgedienten Zirkusgauls, der sich vor dem Lastwagen auf das Tänzeln besinnt, wenn er einen Leierkasten hört.

Und der Direktor ... ach, dieser noch gar nicht so alte liebenswürdige Direktor! Artisten sind sparsame Leute. Ein Landhaus, eine Lebensrente, das Direktionszepter, wenn's hoch kommt — das ist ihr Glückstraum. Ihr glaubt ja gar nicht, was in so einem Zeltzirkus für ein Vermögen steckt. Mit hunderttausend Mark ist noch nicht viel anzufangen. Drei Brüder waren es, die Tausender auf Tausender legten. Ja, hier blüht echter Familiensinn, ein enges, wunderbar herziges Zusammenhalten. Der eine fiel im Kriege, der zweite steht noch draußen bei der Kavallerie, dem dritten, der mit dem Eisernen Kreuze geschmückt wahrhafte Meisterdressuren zeigt, hat der Feind das Bein lahmgeschossen. Wehmütig führt mich der Direktor in den Stall. Von einem halben Hundert edler Rosse ist kaum ein Drittel geblieben, die anderen hat der Krieg geholt und verschlungen. Und diese hübschen, fast gemütlichen Wohnwagen! Nein, ich sehe hier nichts von der nach alter Ueberlieferung auch noch dem modernen Wanderartistenleben angehängten Schlamperei. Vor den kleinen Fenstern Topfblumen und weiße Gardinchen, ein Kanarienvogel und ein Papagei, der mich begrüßt mit einem schelmischen „Hopla Cousin ... hopla Cousin, kannst du noch ... kannst du noch?" Ich frage, wie alt der buntgefiederte Plapperkerl ist. Er frißt jetzt das Gnadenbrot. Den hat der Direktor schon von seinem Vater übernommen. Wohl so alt ist er wie die würdige Zirkusmutter, die abends an der Kasse sitzt und einstmals eine vielbewunderte Panneaureiterin war.

„Alles ginge noch, und mit dem Kriegsbesuch könnte man zufrieden sein, wenn nur die schauderhaft hohen Futterkosten nicht wären," klagt der Direktor. „Ich kann doch keine halbverhungerten Schindermähren in die Manege lassen. Und Raubtiere, die in der Gefangenschaft Heu statt Pferdefleisch fressen, sollen auch erst noch geboren werden. Dieser Krieg, der verdammte Krieg!"

Pauken, Trompeten, Lachen, Beifallklatschen ... Abend für Abend. Ich sehe den klapprigen, alten Spaßmacher fröstelig über die Wiese schleichen und die jugendlichen Zirkuskünstlerinnen elastisch in die Umkleidewagen springen ... jeden Abend. Und als ich eines Morgens wieder hinüberblicke ... Wiese, wie wunderlich siehst du mir aus! Wieder die alte Wiese ist es in ihrem saftigen Grün. Nur ein großer runder Sandfleck noch zeugt von verschwundenem fadenscheinigen Glanz. Ueber Nacht, wie er gekommen, hat der Wanderzirkus seine Zelte abgebrochen. Ueber die vertraute Landstraße ziehen sie in der bunten Wagenburg — was weiß ich, wohin? Zu neuen Triumphen, zu neuen Sorgen um das Nomadenbrot ...

Gesandte.

Wie wichtig die Aufgabe des Gesandten im heutigen Leben der Völker erscheint, zeigt die Tatsache, daß der jetzt einem Verbrechen zum Opfer gefallene Graf Mirbach trotz aller Unsicherheit der Zustände in Rußland sofort nach dem Friedensschluß entsandt wurde, um auf vorgeschobenem Posten die schwere Aufgabe der Wiederanknüpfung der Beziehungen zu erfüllen. Trotzdem ist die Einrichtung der Gesandtschaften noch keineswegs so alt, wie wir danach annehmen möchten. Lange Zeit sind die Völker ohne diese ständige Vertretung ausgekommen. Bei den alten Völkern gab es immer nur vorübergehende diplomatische Beziehungen. Da für die Griechen und auch für die Römer die fremden Völker Barbaren oder Feinde waren, dachten sie nicht an eine dauernde Vertretung. Bestimmte Regeln über die Aufnahme von Gesandten, die ihnen Botschaften überbrachten, gab es nicht. Wenn man sie im allgemeinen auch gut aufnahm und schon damals ihre Person als unverletzlich galt, so kamen doch Ausnahmen vor. Manchmal faßte man ihre Botschaften als Beleidigungen auf, oder das Volk, das sie entsandte, erschien als unwürdig jedes Verkehrs.

Die ersten, die sich bei fremden Herrschern dauernd vertreten ließen, waren die Päpste, und vom 12. und 13. Jahrhundert an begannen die italienischen Staaten, ihrem Beispiel zu folgen. Gleich im Beginn dieser Entwicklung einer eigentlichen Diplomatie ereignete sich ein Attentat auf einen Gesandten, das berühmt geworden ist. Der Venezianer Dandolo, der 1171 als Gesandter nach Byzanz an den Hof des Kaisers Manuel gegangen war, wurde, als er die Rückgabe geraubter Schiffe und Bürger forderte, an ein Feuerbecken gestellt, so daß er fast völlig geblendet wurde. Im 13. Jahrhundert bildete Venedig feste Regeln für seine Vertretung im Auslande aus. 1268 wurde ein Befehl des Senats erlassen, nach dem alle Gesandten der Republik die Geschenke, die sie während ihres Aufenthalts im Auslande erhalten hatten, bei ihrer Rückkehr dem Staatsschatz zuführen mußten. Die sorgfältig aufbewahrten Berichte der venezianischen Diplomaten bilden heute eine wertvolle Quelle für die Geschichte jener Jahrhunderte. Freilich findet man darin auch bittere Klagen, daß es unmöglich wäre, mit den geringen Summen, die ihnen bewilligt wurden, auszukommen.

Gegen Ende des 16. Jahrhunderts, als die ersten stehenden Heere aufkamen, fingen auch die übrigen europäischen Staaten an, Gesandtschaften im Ausland zu unterhalten. Diese Gesandtschaften hatten allerdings mehr den Zweck, die Streitkräfte des anderen Staates zu überwachen, als für die Aufrechterhaltung guter Beziehungen zu sorgen. Sie sandten ihre Briefe, so oft es nur möglich war, bis zur Einrichtung regelmäßiger Posten im 16. Jahrhundert in der Regel durch Kaufleute. Nach dem Westfälischen Frieden wurde die Einrichtung der Gesandtschaften in ganz Europa allgemein, und es kam die Zeit, die einen gewissen Höhepunkt in ihrer Geschichte bedeutet. Sie wurden die eigentlichen Leiter der politischen Unternehmungen, sie hatten die Macht, Verträge abzuschließen, Bedingungen zu stellen, kurz, zu tun, was ihnen unter den gegebenen Bedingungen richtig schien. Talent und Geschicklichkeit hatten den freiesten Spielraum, und der Erfolg rechtfertigte alle Schritte des Gesandten. Kühnes, ja gewaltsames Auftreten führte oft am ehesten zum Ziel.

Seit jener Zeit hat sich mit der allgemeinen Verwendung der Telegraphie und der diplomatischen Geheimschrift die Stellung des Gesandten verändert und sein Einfluß vermindert. Der Gesandte ist zum Sprachrohr seiner Regierung geworden, alle eigenmächtigen Handlungen sind ihm verwehrt. Zwar wird er seine Ansichten bei seiner Regierung zum Ausdruck bringen, aber nicht immer wird darauf gehört. Ihm bleibt die schwierige Aufgabe, sich persönlichen Einfluß zu verschaffen, um die Anschauungen und Wünsche seiner Regierung durchzusetzen.

Notizen.

— Neuland an der friesischen Küste. Auf friedliche Weise wird Deutschland um 1750 Hektar vergrößert. Etwa zehn Kilometer nordwestlich von Emden entfernt springt die friesische Küste mit der Landspitze Knock weit in den Unterlauf der Ems vor. Südlich von diesem Vorsprung breitete sich die Wybelsumer Bucht aus, die mit der benachbarten Larrelter eine Fläche von 1750 Hektar umfaßt. Die Fläche wird gegenwärtig dem Wasser abgerungen und eingedeicht. Die Gesamtkosten der Eindeichung waren ursprünglich mit 6 100 000 M. veranschlagt, die höheren Löhne aber werden diesen Betrag erheblich steigern.

— Ein wandernder Märchenerzähler. In Dänemark ist unlängst ein im ganzen Lande bekanntes Original, der umherwandernde Geschichten- und Märchenerzähler P. Havmand, gestorben. Er war ursprünglich Volkshochschullehrer gewesen, hatte dann aber alle feste Tätigkeit aufgegeben. Während eines Menschenalters wanderte er, all sein irdisches Hab und Gut im Rucksack mit sich tragend, die Pfeife im Mund und den Stock in der Hand, von Ort zu Ort, um den Erwachsenen Geschichten und den Kindern Märchen vorzutragen. Er hatte eine besondere Gabe, die historischen Persönlichkeiten so zu schildern, daß sie gleichsam lebendig geworden vor den Zuhörern standen. Ueberall strömten ihm denn auch diese in Massen zu. Wenn er in eine neue Gegend kam, galt sein erster Gang stets der Schule. Dann bat er um die Erlaubnis, den Kindern Märchen zu erzählen, und seine Ankunft war für die Schüler immer ein Fest.

— Kunstchronik. Prof. August Gaul arbeitet zurzeit an Steinfiguren für einen Garten. Die erste dieser Figuren ist für kurze Zeit im Hause Paul Cassirer ausgestellt.

— Vorträge. Die „Deutsche Gesellschaft zum Studium Rußlands" veranstaltet am Freitag, 6 Uhr, im Abgeordnetenhaus, Saal 8, einen Vortrag von Dr. Artur Luther, früher Professor in Moskau, über: „Die geistige und politische Vorstellungswelt der Bolschewiki." Auch Nichtmitglieder haben Zutritt.

Lodz.

33]

Das gelobte Land.

Roman von W. St. Reymont.

Bloß Moritz beteiligte sich nicht an dem Geschrei, saß unter der Palme neben Fischbein, der im Stuhl ausgestreckt eine Zigarre rauchte und von Zeit zu Zeit rief:

„Still, Juden!"

„Das ist keine lustige Operette," sagte Moritz ermüdet, gab das Geschäft mit Grünspan vollständig auf und ging Mela suchen.

Er traf sie bei der Großmutter an, die die ganze Familie mit besonderer Ehrerbietung und Pflege umgab.

Die Großmutter saß auf einem Rollstuhl am Fenster. Eine fast hundertjährige Greisin, gelähmt und ganz kindisch; das Gesicht war ausgetrocknet und so in Falten zusammengezogen, daß jeder Ausdruck verschwunden war — ein Stück gelbgrauer, faltiger Haut, aus der schwarze, glanzlose Augen wie Glaskorallen hervorstachen. Auf dem Kopf hatte sie eine schwarze Perücke, eine Art Haube aus bunten Samtstücken und Spitzen, wie sie die Jüdinnen in kleinen Städten tragen.

Mela goß mit einem Kinderlöffel Bouillon in den eingefallenen Mund; wie ein Fisch öffnete die Großmutter die Lippen und schloß sie ...

Er verneigte sich vor ihr — sie hörte auf zu essen, schaute ihn leblos an und fragte mit einer dumpfen, wie aus der Erde dringenden Stimme:

„Wer ist das, Mela?"

Sie erkannte niemanden mehr wieder, außer ihren nächsten Angehörigen.

„Moritz Welt, der Neffe meiner Mutter, Welt," wiederholte sie mit Nachdruck.

„Welt, Welt!" sie kaute mit den zahnlosen Kiefern und öffnete breit die Lippen, zwischen die Mela wiederum Bouillon goß.

„Zanken sie noch?"

„Der reinste jüngste Tag."

„Der arme Albert."

„Tut er dir leid?"

„Wie soll er's nicht, seine eigene Frau und seine Familie verwehren es ihm, ein anständiger Mann zu sein. Regina entsetzt mich geradezu mit ihrem Krämertum." Sie seufzte traurig.

„Er sollte lieber ein guter Fabrikant sein. Er leidet bißchen an Idealismus, aber er wird nach der ersten Pleite schon wieder gesund, wenn er mal gut dabei verdient."

„Ich verstehe weder den Vater, noch die Onkels, noch dich, noch Lodz. Alles kocht in mir, wenn ich zusehe, was hier vor sich geht."

„Was geht vor? Es geht gut, Geld wird gemacht, und basta."

„Aber wie, mit welchen Mitteln!"

„Das ist gleichgültig; die Mittel, wie man zu einem Rubel kommt, verringern nicht seinen Wert."

„Du bist ein Zyniker," flüsterte sie, beinahe vorwurfsvoll.

„Bin nur ein Mensch, der sich nicht geniert, die Dinge mit ihrem richtigen Namen zu nennen."

„Lassen wir das, ich bin so nervös, daß ich nicht mehr Kraft zum Streiten habe."

Sie war mit dem Füttern der Großmutter fertig, richtete ihr die Kissen, von denen sie ganz umgeben war, und küßte ihr die Hand. Die Alte hielt sie leicht zurück, streichelte ihr Gesicht mit ihren ausgetrockneten Skelettfingern und fragte wiederum, Moritz anstarrend.

„Wer ist das, Mela?"

„Welt, Welt! Komm doch für einen Augenblick mit mir, Moritz, wenn du Zeit hast."

„Für dich hätt' ich ja immer Zeit, Mela, wenn du es nur wolltest."

„Welt, Welt!" wiederholte dumpf die Alte, öffnete breit den Mund und starrte mit leblosen Blicken ins Fenster, hinter dem die Fabrikmauern lagen.

„Moritz, ich hab' dich doch schon gebeten, mach' keine solchen Redensarten."

„Glaube es mir, Mela, ich red' offen, ich geb' dir mein Ehrenwort als anständiger Mensch, daß ich, wenn ich mit dir zusammen bin, wenn ich dich höre, wenn ich dich anblicke, dann muß ich nicht nur anders reden, wie zu anderen Frauen, aber ich fange sogar an, anders zu fühlen und zu denken. Du hast eine so eigentümliche Weichheit in dir, du bist wirklich eine Frau, Mela; solcher gibt's wenig in Lodz." Er sprach ernst und folgte ihr auf ihr Zimmer.

„Begleitest du mich zu Rosa?" fragte sie, ohne ihm zu erwidern.

„Ich hätte dich darum gebeten, wenn du es nicht selbst wolltest."

Sie lehnte ihre Stirn an die Scheibe und schaute den Sperlingen zu, die an diesem ersten frühlingshaften Märztag wie toll im Garten sich jagten.

„Woran denkst du?" fragte er leise nach einer Weile.

„An Albert. Ob er es so macht, wie er es beschlossen, oder so, wie jene es haben wollen."

„Ja, er wird sicher Konkurs anmelden und sich mit seinen Gläubigern vergleichen."

„Nein, ich kenne ihn und bin sicher, daß er alles bezahlen wird."

„Ich wette mit dir, daß er sich vergleichen wird."

„Ich könnte schwören, daß er es nicht tut."

„Weißt, Mela, Großmann hat manchmal seinen philosophischen Rappel, den hat er, aber sonst ist er ein kluger Mann. Ich würde mein ganzes Vermögen einsetzen, daß er nicht mehr zahlen wird, wie fünfundzwanzig Prozent."

„Ich würde ja sehr, sehr wünschen, daß es anders kommt."

„Da fällt mir grad ein, du hättest ihn heiraten sollen. Ihr würdet zueinander passen, Mela. Ihr hättet zwar nichts zu beißen, aber ihr würdet so anständig sein, daß man euch im Panoptikum zeigen könnte."

„Ich hab' ihn gern, aber heiraten würde ich ihn nicht, er ist nicht mein Typ."

„Wer ist denn dein Typ?"

„Denke nach und rate."

Sie lächelte wiederum jenes blasse, subtile Lächeln.

„Borowiecki, ja, ganz sicher. Alle Lodzer Frauen sind in ihn verliebt."

„Nein, nein; er schien mir trocken und unempfindlich, stolz und ein Streber. Nein, übrigens ist er euch allen viel zu ähnlich."

„Oskar Meyer, der Baron, Millionär und ein schöner Mann, freilich, so ein Baron von der Mecklenburger Rasse, dafür aber ein richtiggehender Millionär."

„Einmal hab' ich ihn gesehen, und er kam mir wie ein verkleideter Knecht vor. Das muß ein furchtbarer Mensch sein. Ich hab' viel von ihm gehört."

„Das ist ein wilder Kerl, ein Wüterich," sagte er mit Haß.

„So, so? Das ist ja interessant."

„Reden wir nicht mehr von diesem Lump. Und Bernhard Endelmann, vielleicht gefällt dir der?"

„Ein Judenbengel," flüsterte sie verächtlich.

(Forts. folgt.)

Deutsches Theater.
Mit Max Pallenberg
8 Uhr: **Familie Schimek.**
Freitag: Bibikoff.
Sonnab.: Familie Schimek.
Sonntag: Familie Schimek.
Montag: Familie Schimek.

Kammerspiele.
Allabendlich 7½ Uhr:
Inkognito. (Operette.)

Volksbühne. Th. a. Bülowpl.
Letzte Woche.
Allabendlich 7½ Uhr:
General Yorck.

Theater des Westens
Allabendlich 7½ Uhr:
Leopoldine Konstantin in
Die Tänzerin.

Theater i. d. Königgrätzerstr.
8 Uhr: **Die Schwestern und der Fremde.**

Komödienhaus
8 Uhr: **Die Zarin.**

Berliner Theater
7¾ U.: **Blitzblaues Blut.**

National-Theater
Cöpenicker Str. 68 (Jannowitzbrücke). — Täglich ¼8:
Noch nie dagewesener Lacherfolg:
Mäuschen.
Militärhumoreske in 3 Akten. Musik von Walter Bromme. Vorverk. 10 U. ununterbroch.

Rose-Theater.
7½ Uhr: **Die Prinzessin vom Nil.**
Gartenb.: Bitte recht freundlich!

Theater für Donnerstag, 11. Juli.

Central-Theater
7½ Uhr: **Die Csardasfürstin.**

Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Die schöne Helena.**

Friedrich-Wilhelmst. Theater
7½ Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**

Kleines Theater
8 Uhr: Aristid und seine Fehler mit Bassermann.

Komische Oper
7½ U.: **Schwarzwaldmädel.**
Sonnt. 3½ U: Die Kinokönigin.

Metropol-Theater
7½ Uhr: **Die Rose von Stambul.**

Lustspielhaus 7¾ Uhr:
Die blonden Mädels v. Lindenhof

Neues Operettenhaus
7½ Uhr: **Der Soldat der Marie.**

Residenz-Theater
7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen.**

Schiller-Th. Charl.
7½ Uhr: **Alt-Heidelberg.**

Thalia-Theater
7½ Uhr **Unter der blühenden Linde**

Theater am Nollendorfplatz
3½ Uhr: **Martha.** (Oper.)
7½ Uhr:
Drei alte Schachteln

Rennen zu Berlin-Grunewald
Donnerstag, 11. Juli 1918, nachmittags 2½ Uhr
8 Rennen i. Werte von 112000 M., darunter:

Tabula-Rennen:	27000 M.
Stadion-Ausgleich:	22000 M.
Preis von Charlottenburg:	16000 M.

Stadtbahn, Untergrundbahn bis Reichskanzlerplatz, Straßenbahn D und U bis Bahnhof Heerstraße, R und P bis Spandauer Bock.

Zähne m. echt. Friedenskautschuk 3,50 M.
5 Jahre Garantie. Zahnziehen m. Betäubung bei Bestellung v. Gebissen gratis. Goldkronen v. 20 M. an. Spez. Zähne ohne Gaumenpl. **Zahnpraxis Hatvani,** Danziger Straße 1 Ecke Schönh. Allee.

Neukölln Weserstraße Ecke Rütlistr.
5 Minuten vom Hermannplatz.
Nur noch 5 Tage
Heute um 7½ Uhr:
Abend-Vorstellung
WILHELM
HAGENBECK
RIESENERFOLG
DA
RIESENSPIELPLAN
Täglich Abendvorstellung um 7½ Uhr.
Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen um 3½ und 7½ Uhr.
Montag unwiderruflich:
Letzte Vorstellung.
Vorverkauf: Hagenbecks Zirkuskasse ab 10 Uhr vormittags und Warenhaus Joseph & Cie., Berliner Straße, Neukölln, Telephon 2105.

Admiralspalast.
Die Prinzessin von Tragant
Sajdah
Deutsche Tänze
7½ Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
Anfang 7½
Ab 16. 7. bis 31. 7.:
Gastspiel der **Leipziger Seidel-Sänger.**

Trianon-Theater
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2301
8 U. Zum 314. Male: **Der Lebensschüler.**
Kaiser-Titz, Bildt, Flink.
Sonnab. nachm. ¼4 U. kl. Pr.: **Schneewittchen.**
Sonntag 4 Uhr: Hedda Gabler.

Th. i. d. Frankfurter Allee 313.
Der Riesenerfolg des Thalia-Theaters über 500 Male!
Puppchen.
(Du bist mein Augenstern ...)
Ges.-P. i. 3 Akt. v. Jean Kren u. Kurt Kraatz. Mus.: Gilbert.
Anfang täglich 7½ Uhr.
Sonntag 4 Uhr: Bunte Bühne.

Berliner Prater-Theater
Kastanienallee 7—9.
Täglich 5 Uhr in vollständig neuer Bearbeitung:
Im Wolkentaxameter.
Große Possen-Revue in 5 Bildern
Dazu die großart. Spezialitäten

Der „HIAS"
Täglich 7½ Uhr abends
Walhalla-
Theater, Weinbergsweg

SARRASANI
Zirkus-Busch-Gebäude.
Tägl. 7½, Sonntag 3 u. 7½,
Zeppeline über London
im Massen-Manege-Schaustück „Torpedo los!"
Die gr. artistisch. Nummern: Turmseilläufer, Bambuskünstler, Reiterauftritte. Der Radfahrer in schwindelnder Höhe unter d. Zirkuskuppel.
Der Sonntags-Vorverkauf hat begonnen.
Zirkuskasse, A. Wertheim.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr
Telephon: Norden 8690.
Täglich 7½ Uhr:
Die erste Geige.
Sonnt. nachm. 3½, kleine Pr.: **Jugend.**

Spezialarzt
Dr. med. Koeben für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Beinkranke. Behandlung schnell, sicher u. schmerzlos ohne Berufsstörung in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw.
Friedrichstr. 81, gegenüb. Panoptik.
Königstr. 56/57, gegenüber Rathaus.
Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1.
Honorar mäßig, a. Teilzahl.
Separates Damenzimmer.

Verkäufe

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl: Pelzsachen! Skunkskragen, Skunksmuffen, Blaufüchse, Rotfüchse, neue Herrenpaletots, Herrenanzüge, Teppichverkauf, Uhrenverkauf. Passende Festgeschenke! 101K*

Pelzgarnituren aller Art, jetzt zu herabgesetzten Preisen! Uhrenverkauf, Silbertaschen. Leihhaus, Warschauerstr. 7. *

Holzräder! aller Größen, Leiterwagen, eigenes Fabrikat, billig. Weidlich, Brunnenstraße 96. 1072*

Elegante Kostüme, Damenmäntel, Damenulster, Damenröcke, Blusen, Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Pelzsachen. Löwenthal, Neukölln, Berlinerstr. 41. 12K*

Abessinier, Ersatzteile und Zubehör. Köchlin, Alte Jakobstraße 20/22. 144K*

Leiterhandwagen, Kastenwagen, extrastabil, dauerhaft, Auswahl, Holzräder. Landsbergerstraße 19, Schmiede. 52K*

Leiterwagen, Kastenwagen, Karren liefert billig. Großes Lager. Wagner, Cöpenickerstraße 71. 121K*

Fußsack, 50 Mark, Kinderwagen, 40 Mark, verkauft Kraus, Berlin, Potsdamerstraße 80, Gartenhaus. †194

Forel, Prof. A., Die sexuelle Frage. Volksausgabe 5,00 M. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3, Laden. *

Nähmaschinen! Singerbobbin, Adler, Schnellnäher, kleine, große, wie neu, billig. Reparaturen prompt. Kostorz, Kottbuserdamm 6, vorn hochparterre. 63K*

Laubenland, Norden (Schillerpark), mit Kartoffelernte verkauft Münzberg, Neukölln, Oderstraße 1. †94

Möbel

Moebel-Boebel, Moritzplatz 58, Fabrikgebäude. Spezialität: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen! Riesenauswahl in nußbaum und eichenen Wohnzimmern, Schlafzimmern, Speisezimmern, Herrenzimmern, Ruhebetten. 9 Etagen! Besichtigung erbeten. 9—12, 3—7. Musterbuch wird nicht versandt. 2372*

Möbel-Rath liefert in großer Auswahl komplette Wohnungs-Einrichtungen sowie reizende moderne Küchen bei bequemer An- und Abzahlung. Rath, Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 1392*

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark. 142K*

Umzugshalber Anrichteküche, rotes Plüschsofa, Tische, Bettstellen, Gaskronen, Portieren verkauft Kienert, Adalbertstraße 17. 2062b

Möbel-Cohn, im Osten, Große Frankfurterstraße 58, im Norden Badstraße 47/48, liefert auf Kredit an jedermann bei kleinster An- und Abzahlung ganze Wohnungseinrichtungen und einzelne Möbelstücke sowie farbige Küchen-Einrichtungen in bester Ausführung. Besichtigung meiner Möbel ohne jeden Kaufzwang gern gestattet. Kriegsanleihe nehme gern als Anzahlung. Lieferung frei Haus. Liefere auch nach auswärts. Sonntags 8—10 geöffnet. 166K*

Chaiselongues, nagelneue, 90,00 an. Walter, Stargarderstraße 18. 258K*

Möbelgeschäft, 38 Jahre bestehend, verkauft jetzt Belle-Alliancestraße 14a noch zu billigen Preisen, solange Vorrat reicht, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderne Küchen. Speisezimmer, Eiche, 1350,—, Schlafzimmer 950,—, Küchen 380,—, einzelne Ankleideschränke, Ruhebetten, Bettstellen, Tische, Trumeaus, Teppiche, Kronen spottbillig. Verliehen gewesene, zurückgesetzte Möbel bedeutend unterm Preis. Sicheren Leuten Zahlungserleichterung. 36K*

Mehrere 100 nur modernste Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Küchen, Ergänzungsmöbel außergewöhnlich billig. Enorm günstige Kaufgelegenheit für Brautleute. Möbelhaus M. Hirschowitz, SO., Skalitzerstraße 25. Hochbahn: Kottbuser Tor. 1669*

Gediegene! Nußbaum-Schränke, Vertiko, Bettstellen mit Auflagen, Ausziehtische, Waschtoiletten zu äußerst billigen Preisen. Möbelhaus Osten, nur Andreasstraße 30. 110

Stuben- und Kücheneinrichtung sehr billig. Möbelschau, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße. 2454*

Musikinstrumente

Pianos auf Teilzahlung und zur Miete. Pianohandlung, Gubenstraße 10a. 51K*

Mandoline 25, Violine, Gitarre. Marode, Prenzlauer Allee 88. 78/16

Piano, hochelegant, schwarz, Nußbaumpiano spottbillig. Hartkopf, Straßburgerstr. 9. 2182*

Kaufgesuche

Lacke bis 18,00, Bleiweiß sowie sämtliche Malerartikel kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 5. (Nollendorf 2379.)

Metallschmelze. John kauft Abfälle. Händler bevorzugt. Alte Jakobstraße 138 (Ecke Hollmannstraße). 260K*

Korke zu den jetzigen erhöhten gesetzlichen Höchstpreisen kauft Sperber, Zehdenickerstraße 13. (Norden 4803.) Wird auch abgeholt. 240/16*

Zu kaufen gesucht gut erhaltener Kleiderschrank. Händler verbeten. R. Lurz, Utrechterstraße 25, IV. †183*

Fahrradankauf. Schwandike, Linienstraße 19. 72/8*

Platinabfälle per Gramm bis 7,80 Mark, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Groß, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. 171*

Platinabfälle! Gramm bis 7,80! Zahngebisse! Ketten! Ringe! Militärtressen! Glühstrumpfasche! Filmabfälle! höchstzahlend. Schmelzerei, Metall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31. Telephon Alexander 4248. 261*

Kabel, Litzen, elektrische Leitungsdrähte kauft Großfeld, Kottbuserstraße 21. Moritzplatz 4016. 40K*

Zahngebisse! Platinabfälle, 7,80, Ketten, Ringe, Bruchabfälle, elektrische Materialien, Filmabfälle, Zelluloid kauft Silberschmelze Christionat, Cöpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße). 117/3*

Tischlermaschinen, besonders große Bandsägen, Hobel-, Abrichte-, Fräs-, Bohrmaschinen, Messerschleifautomaten, Tischkreissägen für dringenden Kriegsbedarf gesucht. Maschinenfabrik Hirsch, Pankstraße 39. Telephon Norden 241. †171*

Wachswalzen und Abfälle kauft jedes Quantum zu gesetzlichen Höchstpreisen. Rochenstein, Charlottenburg, Windscheidstraße 3a. 161K

Hartgummiabfälle kauft jeden Posten zu gesetzlichen Höchstpreisen. Rochenstein, Charlottenburg, Windscheidstr. 3a. 161K

Windscheidstraße 3a, Charlottenburg, kauft mit Genehmigung jedes Quantum gebrauchte und neue Weinkorke, Sektkorke, Korkabfälle zu gesetzlichen Höchstpreisen. 161K

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Tanzschule Friedrich, Michaelkirchstraße 39. Täglich Anfängerkurse. Schülerkurse. Kinderkurse. 19K*

Verschiedenes

Darlehn, 6 Prozent Teilrückzahlung, auf Hypothekenbriefe 5 Prozent, gibt Bankverein, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 163. 40K*

Kunststopferei Große Frankfurterstraße 67. 65K*

Vermietungen

Rabenstraße 6 16 Jahre Vereinslokal mit Saal Oktober zu vermieten. 78/14*

Arbeitsmarkt
Stellenangebote

Stallmann zum sofortigen Antritt gesucht. Allgemeine Transport-Gesellschaft, vorm. Gondrand u. Mangili, m. b. H., NW. 5, Quitzowstr. 11. †200*

Photographen-Gehilfin für Miniatur-Photographie suchen sofort A. Jandorf u. Co., Charlottenburg, Wilmersdorferstraße 118/119. Meldungen in der Personal-Verwaltung, 4. Stock. K130/4

Zeitungsausträgerinnen, Touren: Rosinenstraße, Kaminerstraße, gesucht. „Vorwärts"-Spedition, Charlottenburg, Sesenheimerstraße 1. *

Für leichte Näharbeit sucht mehrere junge Frauen oder Mädchen Pappenheim, Leipzigerstraße 51. 2061b

Tüchtige Arbeiterinnen auf bessere Kostüme und Paletots außerm Hause verlangt Diodorn, Kottbuserdamm 24. †150*

Arbeiterinnen sucht Eisenzeugfabrik Otto Reichel, Eisenbahnstraße 4. Meldungen 1. Quergebäude III. K15/16

Lehrmädchen für Kontor möglichst sofort verlangt Nelson, Leipzigerstraße 71/72. 184/19

Arbeiterin für leichte Handarbeit (Marabukragen knüpfen) außer dem Hause sofort verlangt. Nelson, Leipzigerstraße 71/72. 184/18

Tüchtige Motorenschlosser, Reparaturschlosser, Spitzendreher
sofort gesucht.
Loeb-Werke Aktiengesellschaft,
1031L* Berlin-Hohenschönhausen.

Erd- und Bauarbeiter,
für auswärtige Baustellen sofort gesucht. Zu melden bei
Windscheid & Langelott, Berlin W 57.
Bülowstraße 73. 9739*

Haustischler,
selbständigen Arbeiter, verlangt
Kaffee Zielka,
Friedrich-Straße 59/60.
Meldungen an Robert Zielka, von 5—8 nachm. 78/15

10 bis 20 Korbmachergesellen
finden auf Geschoßkörbe Beschäftigung. 78/18
Bretschneider, Friedrichsberger Str. 11

Bureaudiener,
auch für Gänge, sofort verlangt. Norddeutsche Textilvereinigung, Mohrenstr. 13/14.

Arbeiter und Arbeiterinnen
sucht zu sofortigem Antritt
J. D. Riedel A.-G.,
1110* Berlin-Britz.

Werkstattklempner
verlangt Stralauer Allee 22

Schlosser und Klempner
selbständig arbeitend, möglichst mit Erfahrung im Flugzeugbau, für dringende Heeresarbeit zu sofort. Eintritt gesucht.
Luftschiffbau Schütte-Lanz,
206/11*] Zeesen bei Königswusterhausen.

Perfekter Einrichter für Revolver- u. Automatenbänke, tüchtige **Dreher und Schlosser,** ältere Leute, sowie **Reparaturschlosser** für Werkzeugmaschinen werden sofort eingestellt. **Maschinenfabrik Karl Vogeler, Alt-Moabit 1,** Lehrter Hauptbahnh.

Mehrere Flaschenspülerinnen
werden per sofort und dauernd angestellt.
Centrale für Weinvertrieb G. m. b. H.,
128/1 Dessauer Straße 28.

Geübter
Packer
für
Porzellan, Glas usw.
wird sofort in Dauerstellung gesucht.
F. A. Schumann
Leipziger Straße 109.

Schlosser
für Geschützverschlußteile verlangt **Tausch, Charlottenburg, Wallstr. 22.** 8

Installateur
(event. auch Kriegsbeschädigter) für dauernde Beschäftigung gesucht. 87K*
Gaswerk Werder a. Havel.

Laufmädchen
für sofort gesucht. Märkisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft. Berlin NW 7, Dorotheenstr. 11 II. 257

Tüchtige
Kassiererinnen
Lehrkassiererinnen
jüngere
Kontoristinnen
sowie
Paket-Kontrollen
suchen L57
A. Jandorf & Co.,
Belle-Alliancestr. 1/2, Gr. Frankfurter Str. 113, Brunnenstraße 19—21, Kottbuser Damm 1, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Meldungen: 12-2 Uhr mittags, 5-7 Uhr abends.

Austrägerinnen
für den „Vorwärts"
werden eingestellt in folgenden Filialen

Berlin: Markusstr. 36. — Lausitzer Platz 14/15. — Lindenstr. 3. Blumenthalstr. 8, Hof parterre. Wilhelmshavener Str. 48.
Schöneberg: Meininger Straße 9.
Charlottenburg: f. Revier Osnabrücker Str. u. Rosinenstr.
Neukölln: Siegfriedstr. 28/29.
Lichtenberg: Wartenberg-Straße 1 und Alt-Boxhagen 56.
Pankow: Mühlenstr. 70.
Borsigwalde: Kienast, Räusch-Str. 10.

Meldezeit von 11 bis 1½ Uhr und 4½ bis 7 Uhr.

Tüchtiger Matrizenschlosser
für Porzellanfabrik gesucht. 78/11*
Brauweiler
BERLIN W 62, Wittenbergplatz 3a.

Tüchtige
Verkäuferinnen
für
Weißwaren
Handschuhe
künstl. Blumen
Besatzartikel
Bijouterie
Galanterie
Schuhwaren
suchen 130L
A. Jandorf & Co.
Belle-Alliancestr. 1/2, Gr. Frankfurter Str. 113, Brunnenstraße 19—21, Kottbuser Damm 1, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 118/119.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—7 Uhr abend.

Wahlrechtsdebatte im preußischen Herrenhaus.

Das Herrenhaus erledigte gestern zunächst den Kultusetat, wobei sich der frühere preußische Finanzminister von Rheinbaben sehr entschieden für die Annexion von Longwy und Briey aussprach. Prof. v. Wilamowitz-Möllendorf beklagte die Ueberflutung der Universitäten mit Frauen, was dem Kultusminister Dr. Schmidt Anlaß gab, sich zu modernen Auffassungen zu bekennen. Dem Wunsch des Oberpräsidenten v. Batocki, in den östlichen Provinzen an den höheren Schulen das Französische durch das Russische zu ersetzen, sagte der Minister wohlwollende Prüfung zu.

Es folgt der **Etat des Ministeriums des Innern.**

Minister Dr. Drews ist nicht anwesend, erscheint aber während der folgenden Ausführungen.

Graf v. Posadowsky:

Nicht nur das preußische Volk, sondern ganz Deutschland richtet den Blick auf das preußische Herrenhaus. Uns liegt eine Vorlage vor, die unter Umständen eine ganz neue Grundlage für unser Staatsleben sein und dazu beitragen wird, es vollkommen umzumodeln. Eine so hochwichtige politische Frage kann nicht sang- und klanglos in eine Kommission gelangen, sondern eine Aussprache ist unbedingt notwendig, denn die Kommission muß wissen, wie die verschiedenen Stimmungen im Hause sind. (Zuruf: Tagesordnung!) Gewiß gehört das zur Tagesordnung, denn für die Wahlreform ist in erster Linie der Minister des Innern verantwortlich. Das Dreiklassenwahlrecht wurde zur Zeit seiner Einführung, als in Preußen noch nicht die ungeheueren Reichtümer einzelner angesammelt waren, nicht als etwas Drückendes empfunden. Seitdem ist die Volksbildung wesentlich gestiegen. Man hat vielfach Arbeiter in Schiedsgerichte, Gewerbegerichte usw. berufen, die Arbeiter haben sich politisch organisiert, und wer jetzt Arbeiterversammlungen beiwohnt, wird sich überzeugen, welches große Maß geistiger Bildung in diesen Köpfen wohnt. Dadurch, daß der leitende Staatsmann es nicht für richtig gehalten hat, die Wahlreform auf seine persönliche Verantwortung zu nehmen, sondern dem Monarchen den Rat gegeben hat, die Forderung des gleichen Wahlrechts in einer allerhöchsten Botschaft zu verkünden, ist die Frage schwieriger geworden. Man kann mit einigem Recht befürchten, daß in Preußen das allgemeine, gleiche Wahlrecht radikaler wirken wird als im Reich, wenn man nicht die nötigen verfassungsmäßigen Garantien schafft.

Wenn ein Reichskanzler erst ernannt wird, nachdem die Reichstagsmehrheit zugestimmt hat, wenn auch andere Ernennungen in gleicher Weise erfolgen, so ist das doch schon ein gewisser Kryptoparlamentarismus. (Sehr richtig!) Nun ist man im Reichstag verstimmt, daß

der Kaiser einen Staatssekretär entlassen

hat, ohne daß man die Stimmung der Mehrheitsparteien darüber gehört hat (Hört! hört!) und man wünscht, wie ich gelesen habe, den Nachfolger erst kennenzulernen und seine Stellung zur Politik der Mehrheit, bevor er ernannt wird. (Hört! hört!) Unter dem gleichen Wahlrecht würde die nicht großstädtische Bevölkerung immer mehr zurückgedrängt; auf diese bodenständigen konservativen Schichten kann nicht verzichtet werden. Wechselnde politische Aufregungen wie in Frankreich und Italien können wir uns nicht gestatten. Man könnte ja die Abgeordnetenzahl auf etwa 400 beschränken, wovon 200 nach der Seelenzahl, die andern nach der Fläche gewählt würden, so daß die ländliche Bevölkerung trotz fortgesetztem Rückgang doch eine dauernde angemessene Vertretung behalten würde. Die vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Sicherungen genügen mir nicht. Zu den dankenswerten Sicherungen für Kirche und Schule muß auch eine Sicherung dafür kommen, daß bei der zukünftigen Gestaltung der Gemeinde-, Kreis- und Provinzvertretung auch die Steuerleistung berücksichtigt wird.

Das im anderen Hause beschlossene Pluralwahlrecht ist kein echtes politisches Material, das ist Putz. Ich bedauere nur die Behörden, die es durchführen sollen! Die Regierung aber sollte doch ein Kompromiß herbeiführen, denn Wahlkämpfe müssen uns jetzt erspart bleiben. (Beifall.)

Graf Behr-Behrenhoff: Als Vorsitzender der konservativen Fraktion kann ich erklären, daß wir uns durch die interessanten Ausführungen des Vorredners nicht verleiten lassen werden, in eine Aussprache über das Wahlrecht jetzt einzutreten. Wir halten an den getroffenen Vereinbarungen fest, daß diese Frage erst später erörtert werden soll.

Herzog zu Trachenberg: Auch die neue Fraktion hat beschlossen, von einer Besprechung der Wahlrechtsvorlage zurzeit abzusehen und diese Erörterung auf eine spätere Zeit zu verschieben.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Nachdem die großen Fraktionen des Herrenhauses übereingekommen sind, die Diskussion über die Wahlrechtsvorlage jetzt nicht stattfinden zu lassen, hält sich auch die königliche Staatsregierung an dieses Abkommen für gebunden und wird auch ihrerseits das Wort zu der Rede des Grafen Posadowsky nicht nehmen und das, was sie zu sagen hat, auf eine spätere Zeit vertagen.

Mit einem Wort will ich nur ein Mißverständnis aufklären, das dem Grafen Posadowsky unterlaufen ist. Ich habe nicht in meiner gestrigen Rede erklärt, daß es notwendig sei, Fachminister durch Parlamentarier zu ersetzen. Fachministerien müssen durch Fachminister geleitet werden.

Graf York von Wartenburg bespricht die polnische Frage und die Verhältnisse in Oberschlesien.

Kammerherr von Oldenburg-Januschau:

Die Autorität der preußischen Minister ist darin begründet, daß sie Minister des Königs sind. Minister, die Vertreter bestimmter parlamentarischer Richtungen sind aber Herren, die die Passion haben, nach Damaskus zu gehen (Heiterkeit), können nicht Anspruch erheben auf den Respekt, den jeder preußische Untertan jedem Minister zu zollen gewohnt ist. Wir kommen jetzt in eine Situation, bei der es

um Kopf und Kragen für Preußen

gehen kann. Ich hatte mich aber zum Wort gemeldet in einer Sache, die ich für gewaltig ernst halte: Das ist der Schluß des Erlasses des Ministers des Innern an die Beamten, der dahin geht, daß Seine Majestät der König sich den breiten Volksmassen gegenüber verbindlich gemacht hätte. (Mit stark erhobener Stimme): Herr Minister! Ich habe öfter erlebt, daß die Elemente, die dauernd geneigt sind, an dem Purpurmantel des Königs und Kaisers zu zerren in dem Gedanken: Fällt der Mantel, so fällt der Herzog noch, daß die mit Königsworten operiert haben. Daß aber ein Minister das in dieser Form tut, habe ich noch nicht erlebt. Bismarck hat immer vor dem König gestanden, aber sich nicht mit dessen Autorität gedeckt. Selbstverständlich bekommt jeder Preuße einen Ruck, wenn sein König gesprochen hat, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, nach unserer Ueberzeugung zu handeln. (Bravo!) Möge der Minister erwägen, in welche Situation er unsere Royalisten mit seinem Erlaß gebracht hat. (Beifall.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Die Bedeutung der Staatsminister beruht allerdings darauf, daß sie nach eigener Ueberzeugung handeln und nicht auf Befehle von außen hin. In diesem Sinne habe ich mein Amt übernommen. Nach dem Streik im Februar dieses Jahres wurde die Meinung kolportiert, daß es jetzt an der Zeit sei, das, was vorhin über die Einbringung des gleichen Wahlrechts gesagt worden war, nicht mehr gelten zu lassen. Diesen Gerüchten gegenüber hielt ich mich als Minister des Königs für verpflichtet, im Interesse des Königs entgegenzutreten und meinen politischen Beamten, die die Politik der Staatsregierung zu vertreten haben, das mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen. Dies Gerücht ist falsch, es bleibt bei dem, was gesagt wurde. Wenn ich dann zum Schluß gesagt habe: Jeder politische Beamte muß sich dessen bewußt sein, daß die Politik, die gemacht wird, die Politik des Königs von Preußen ist, so stimmt das durchaus mit den preußischen Traditionen überein, und mit dem, was Bismarck im Jahre 1882 im Reichstag zur Rechtfertigung seines Beamtenerlasses gesagt hat. Denen gegenüber, die Bismarck damals vorwarfen, er hätte sich hinter der Person des Königs versteckt, hat er deutlich genug geantwortet. Im übrigen war in der Botschaft vom 11. Juli nicht einfach nur gesagt, es solle eine Vorlage gemacht werden wie andere Vorlagen, und wenn sie abgelehnt ist, sieht man, wie man sonst weiter kommt. Nach der Zeit und den Umständen, unter denen diese Botschaft damals in einer für unser Vaterland ernsten und unruhevollen Zeit erlassen worden ist, geht hervor, daß diese Vorlage mit allen verfassungsmäßigen, der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln vertreten werden sollte. So war die Botschaft gemeint, so ist sie aufgefaßt worden. (Widerspruch.) Wenn Zweifel darüber bestünden, daß das, was mit der Botschaft gemeint war, auch tatsächlich zur Ausführung kommen würde, so müßte das die unheilvollsten Folgen haben, nicht bloß für die augenblickliche Konstellation oder für die Regierung — die könnte ja verschwinden —, sondern es würde später das Gerücht im Lande umgehen:

Was vom König gesagt worden ist, ist nicht ausgeführt worden.

Diesen Vorwurf mußte ich vom König fernhalten, ich mußte verhindern, daß ein Keil zwischen König und Volk getrieben wurde, woraus später schwere Schädigungen für das Königtum eintreten könnten. Ich habe also mit dem Erlaß nur meine Pflicht getan.

Die polnischen Bestrebungen auf Losreißung von Teilen Preußens verfolgen wir mit größtem Ernst. Mit den Polen, welche diesen Tendenzen huldigen, wird die preußische Regierung niemals Frieden machen können. Wenn unsere Polen nicht dafür Sorge tragen, daß diese Tendenzen zurückgedrängt werden innerhalb der preußischen Grenzen, werden sie sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben. (Bravo!)

Dr. Hillebrand-Breslau: Der Erlaß des Ministers gegen die Vaterlandspartei fiel wie ein Meltau auf die freudigen Scharen, die von allen Seiten der Vaterlandspartei zuströmten.

Gewerkschaftssekretär Stegerwald: Das gleiche Wahlrecht ist auch möglich ohne Massenherrschaft und parlamentarisches System. Die parlamentarischen Systeme des Auslands wollen wir uns nicht zum Muster nehmen. Ich wünsche, daß das Herrenhaus die Wahlrechtsvorlage aus dem Bereich der Halbheiten und taktischen Winkelzüge heraus zu einem großen staatsmännischen Werk aus einem Guß gestaltet.

Oberbürgermeister Wermuth-Berlin: Die Wahlrechtsfrage soll zunächst im Ausschuß und erst dann hier besprochen werden. Nun ist unerwarteterweise eine Aussprache schon jetzt entbrannt. Ich will mich daran nur in einem Punkte beteiligen. Es darf nicht die Meinung aufkommen, als ob es die Ansicht des Hauses wäre, daß der allerhöchste Erlaß vom 12. Juli 1917 nichts anderes gewollt habe, als die Einbringung einer Vorlage über das gleiche Wahlrecht, und daß er damit erfüllt sei. Das Volk hat mit großem Vertrauen die königliche Zusage dankbar entgegengenommen, daß schon die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhause unter dem gleichen Wahlrecht stattfinden werden. Bei dem Erlaß handele es sich also nicht um die Ankündigung einer parlamentarischen Aktion, sondern um einen Akt von entscheidender Bedeutung. Als politische Tat des Monarchen steht die Zusage im Gedächtnis des Volkes. Eine solche Tat zu solcher Zeit geschehen, wieder versinken zu lassen, ist unmöglich. (Beifall.)

v. Buch: Die Osterbotschaft verhieß das geheime und direkte Wahlrecht, die Julibotschaft das gleiche. An diesem Unterschied ist festzuhalten.

Der Monarch kann nur versprechen

die Ausarbeitung und Einbringung einer Vorlage, welche Schritte weiter erfolgen, muß von der politischen Entwicklung abhängen und von dem Ergebnis der Beratungen der berufenen Vertretungen des Volkes. (Sehr richtig!)

v. Oldenburg: Die Ausführungen des Ministers stehen im Widerspruch zur preußischen Verfassung und zur preußischen Tradition. Ich halte diesen Gegensatz zwischen uns für unüberbrückbar und lehne es ab, darauf einzugehen.

Donnerstag 12 Uhr: Kleine Vorlagen, Etat, Geschäftliche Behandlung der Wahlrechtsvorlage. — Schluß ½8 Uhr.

Steuerarbeit im Reichstag.

188. Sitzung. Mittwoch, 10. Juli, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstische: Graf Roedern.

Die Fortsetzung der Steuerdebatte beginnt beim Gesetzentwurf zur

Aenderung des Reichsstempelgesetzes.

§ 1 setzt den Stempel bei Errichtung von Gesellschaften auf 5 Proz. fest.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Wir lehnen auch dieses Gesetz aus volkswirtschaftlichen Gründen ab, es muß den Verkehr übermäßig belasten; gerade für die soliden Gesellschaften ist der vorgeschlagene Stempel zu hoch, bei ihnen beträgt der gesamte Gewinn oft kaum 5 Proz. Soweit es sich um Kapitalabgaben handelt, behalten wir uns die Stellungnahme in jedem einzelnen Falle vor und werden ev. Anträge auf Erhöhung stellen.

§ 1 wird angenommen.

Den Umsatzstempel bei Börsengeschäften hat der Ausschuß auf 2 vom 1000 festgesetzt, für die Kriegsdauer auf 5 vom 1000. Ein Kompromißantrag will ihn auf 3 vom 1000 festsetzen und den Bundesrat ermächtigen, ihn auf 4 vom 1000 zu erhöhen und auf 2 vom 1000 zu ermäßigen.

Abg. Keil (Soz.): Dem Kompromißantrag stimmen wir zu. Wir verkennen die volkswirtschaftliche Bedeutung der Börse keineswegs, aber solange die Besitzsteuerquellen nicht erschöpft sind, kann man uns als Vertreter der breiten Volksmassen nicht zumuten, die Interessen der Börsenkreise schützen zu helfen. Es handelt sich da um Schichten, die die Not des Krieges noch nicht am eigenen Leibe spüren, dafür aber begeisterte Anhänger überspannter Kriegsziele sind. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Treiben an der Börse zeigt, daß die Kriegsgewinnsteuer noch lange nicht scharf genug wirkt. Wir glauben zwar nicht, daß durch eine Steuer die Spekulationswut eingedämmt werden kann; wenn es aber die Kriegsgewinnler nach diesen Börsengeschäften gelüstet, so liegt kein Grund vor, sie nicht scharf zu besteuern.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Pfleger (Z.), Dove (Vp.), Zimmermann (natl.), Brockhausen (k.), Wermuth (D. F.), Bernstein (U. Soz.), Rießer (natl.) wird der Kompromißantrag angenommen.

Abg. Keil (Soz.) befürwortet bei der Dividendensteuer und der Tantiemensteuer für Aufsichtsräte eine stärkere Staffelung und höhere Sätze.

Staatssekretär Graf Roedern bittet, es bei den von der Kommission beschlossenen Sätzen zu belassen.

Abg. Bernstein (U. Soz.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. David (Soz.) begründet einen Antrag, das Einkommen aus Fideikommissen ebenfalls mit 20 Proz. zu besteuern. Für die besondere Schonung des landwirtschaftlichen Einkommens liegt kein Grund vor. An den Fideikommissen vorbeizugehen, sei um so weniger gerechtfertigt, als die Fideikommißbesitzer samt und sonders Kriegsgewinnler seien.

Abg. Waldstein (Vp.) erklärt sich ebenfalls für den Antrag.

Abg. Pfleger (Z.) erklärt sich gegen den Antrag.

Auf Antrag des Abg. Keil (Soz.) findet über diesen Antrag eine namentliche Abstimmung statt.

Der Antrag wird mit 154 gegen 138 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Artikel 8 bestimmt den Stempel für die Zinsen bei Geldumsätzen von Kreditunternehmungen; der Ausschuß hat ihn auf die Hälfte ermäßigt bei eingetragenen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften und Sparkassen.

Ein Antrag Antrick (Soz.) will die Sparkassen gänzlich freilassen. Ein Antrag Warmuth (D. F.) will auch die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften freilassen, die Sparkassen jedoch nicht für Geschäfte, die dem eigentlichen Sparkassenverkehr fremd sind.

Abg. Keil (Soz.): Die Sparkassen dürfen nicht ebenso behandelt werden wie die Banken, das hat bereits der Ausschuß anerkannt. Aber auch mit der Heranziehung zur Hälfte wird ihnen noch ein Sechstel des Reinertrages weggenommen, den Banken dagegen mit dem vollen Beitrage nur ein Fünfzehntel des Reinertrages. Deswegen wollen wir die Sparkassen völlig freihaben. Die Genossenschaften haben wir in unseren Antrag nicht aufgenommen, weil wir keine Mehrheit dafür zu finden glaubten; wir werden aber für den Antrag Warmuth stimmen, jedoch nicht für den letzten Teil, der einen Unterschied zwischen den einzelnen Sparkassengeschäften vorsieht.

Abg. Warmuth (D. F.) und Abg. v. Brockhausen (k.) befürworten die Freihaltung der Sparkassen sowie der Genossenschaften.

Staatssekretär Graf Roedern: Es liegt kein Grund vor, die Sparkassen und Genossenschaften anders zu behandeln wie die Banken. Will man das aber, so muß es mindestens beim Beschluß der Kommission bleiben.

Abg. Bernstein (U. Soz.) erklärt sich für die Anträge Warmuth und Antrick.

Der Antrag Warmuth wird in beiden Teilen durch Hammelsprung mit 162 gegen 117 resp. mit 156 gegen 123 Stimmen angenommen; damit ist der Antrag Antrick erledigt.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen.

Der Entwurf zur Aenderung des Wechselstempelgesetzes ist vom Ausschuß unverändert gelassen; er wird debattelos angenommen.

Den Entwurf über die Kriegssteuer der Gesellschaften hat der Ausschuß umgeändert in ein Gesetz über eine

außerordentliche Kriegsabgabe für 1918,

wobei auch für die einmalige Kriegsabgabe der Einzelpersonen besondere Bestimmungen getroffen sind.

Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet einen Antrag, das gesamte Mehreinkommen als Kriegsgewinn im Jahre 1918 wegzusteuern.

Der Antrag wird abgelehnt.

Die Abgabe vom Mehreinkommen beträgt für die ersten 10 000 M. 5 Proz. und steigt für über 100 000 M. bis auf 50 Proz.

Abg. Bernstein (U. Soz.) begründet einen Antrag, diese Sätze zu erhöhen, und ebenso einen Antrag, die Kriegsabgabe vom Vermögen, die für die ersten 200 000 M. 1 vom 1000, für über eine Million 5 vom 1000 beträgt, zu erhöhen.

Der Antrag wird gegen die Stimmen der U. Soz. und Soz. abgelehnt.

Die Kriegsabgabe der Gesellschaften beträgt 60 Proz. Ein Antrag Albrecht (U. Soz.) will dafür 80 Proz. setzen.

Abg. Keil (Soz.): Obwohl es angebracht wäre, die Gesellschaften höher zu besteuern, können wir diesem Antrag nicht zustimmen, denn im vorigen Jahr beim Sicherungsgesetz hat man die Gesellschaften nicht zu höheren Rücklagen verpflichtet. Der 60 Proz. übersteigende Gewinn ist also bereits ausgeschüttet.

Abg. Bernstein (U. Soz.): Es handelt sich um sehr kapitalskräftige Gesellschaften, die trotz der Ausschüttung dieses Gewinnes die Steuer recht gut zu zahlen vermögen.

Der Antrag Antrick wird gegen die Stimmen der U. Soz. abgelehnt.

Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Beratung der anderen Steuergesetze auf Donnerstag, 2 Uhr.

Schluß 7¼ Uhr.

Der elsässische Ansiedlungsskandal.

Protest der Reichstagsparteien.

Der Haushaltsausschuß setzte am Mittwoch die Verhandlungen über die „Landgesellschaft Westmark" fort.

Abg. Emmel (Soz.) stellt fest, daß der Straßburger Bürgermeister Schwander mit den beabsichtigten Maßnahmen nicht einverstanden ist. Gegen die Verwendung der konfiszierten Güter im nationalen Interesse ist nichts einzuwenden, aber in die Art der Ausführungen muß die elsaß-lothringische Volksvertretung bestimmend eingreifen können. Mit polnischen Methoden erreicht man in den Reichslanden nichts. — Ein Antrag des Zentrums will, daß süddeutsche, rheinische und reichsländische Interessenten die Mehrheit des Stammkapitals erhalten. Im Aufsichtsrat sollen auch Vertreter des Reichstags und des elsaß-lothringischen Landtags sitzen. Dem Reichstag soll regelmäßig Rechenschaft abgelegt werden. Bei der Ansiedelung sollen vorwiegend süddeutsche Ansiedler, unter Wahrung des konfessionellen Besitzstandes, bevorzugt werden. — Von Rednern der verschiedensten Parteien wurde der Ansiedelungsplan lebhaft kritisiert.

Abg. Diesching (Vp.) betonte besonders, daß in der neuen Landgesellschaft die Kreise von maßgebenden Einfluß haben, die der Vaterlandspartei nahestehen. Als national zuverlässig gelten offenbar nur Leute, die auf dem Boden der Vaterlandspartei stehen. Die ganze Sache ist wieder einmal im Großen Hauptquartier ausgeheckt worden und die Regierung soll diesen bedenklichen Plan nun vertreten. — Nur der Redner der Konservativen, Graf Carmer, vermochte gewisse Vorzüge in dem Ansiedelungsplan zu entdecken. — Staatssekretär v. Stein erklärt, daß die Regierung die volle Verantwortung für den Plan trage. Redner schildert vertraulich die Entwickelung der Sache, wobei er zu beweisen sich bemüht, daß das Große Hauptquartier nicht beteiligt war. Kein Mensch denke daran, Süddeutsche von der Ansiedelung auszuschließen, am wenigsten die Reichsregierung. Der Vertrag ist rechtsgültig geschlossen, der Reichstag kann davon nichts mehr ändern, weshalb man nun ruhig die Ausführung abwarten soll. — Abg. Ledebour (U. Soz.) polemisiert gegen den Staatssekretär und verwirft den ganzen Vertrag. — Die Elsässer Hauß und Windeck beantragen die Aufhebung des Vertrages und dafür unter Leitung der elsaß-lothringischen Regierung eine elsaß-lothringische Siedelungsgesellschaft zu schaffen. — Abg. Erzberger tritt für diesen Antrag ein, der in seinem zweiten Teil den ursprünglichen Absichten der Regierung entspricht. Der jetzige Plan soll nur dazu dienen, die Angliederung der Reichslande an Preußen vorzubereiten, deshalb hat man die Mitwirkung der Elsaß-Lothringer ausgeschlossen. Kein anderer Bundesstaat hätte sich einen solchen Eingriff gefallen lassen. Diese Siedelungsgesellschaft ist eigentlich nichts weiter als ein Hugenberg-Konzern. — Abg. Dr. David (Soz.) schließt sich diesen Ausführungen an. Der Vertrag ist ohne Wissen des Reichstags geschlossen worden und nun soll der Reichstag die Verantwortung übernehmen. Diese unwürdige Zumutung muß zurückgewiesen werden. Auf die Versprechungen, bei der Ausführung loyal zu verfahren, kann man sich nicht einlassen, solche Personal-Garantien haben keinen Wert. Der Umstand, daß an dem Geschäft schwerindustrielle Interessenten beteiligt sind, macht das ganze Problem noch unsympathischer. Wenn die preußischen Landgesellschaften Geldüberfluß haben, dann sollen sie in Ostelbien bäuerliche Siedelungen anlegen. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat beim Reichskanzler gegen den Abschluß des Vertrages Protest erhoben. Dem elsaß-lothringischen Landtag hat die Militärverwaltung strikte verboten, über den Vertrag zu sprechen. Die militärische Regierung darf ohne Zweifel als die Urheberin des Planes angesprochen werden; die Elsaß-Lothringer sollen in ihrem eigenen Lande rechtlos gemacht werden. Das zu verhindern ist die Pflicht des Reichstags. — Staatssekretär v. Stein tritt einer Reihe der erhobenen Vorwürfe entgegen. Der Statthalter von Elsaß-Lothringen hat nicht Protest erhoben, sondern nur über die Wünsche des Ausschusses des Landtages berichtet. — Die Beratungen wurden darauf abgebrochen.

Gewerkschaftsbewegung

Entlassungen und Akkordabzüge in den Berliner Munitionsbetrieben.

Ueber diese Angelegenheit bringt der „Vorwärts" vom 10. Juli und einige Berliner Abendblätter vom 9. Juli eine aus amtlicher Quelle stammende Notiz, wonach die von mir in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes am 24. Juni gegebene Darstellung über obiges Thema nicht zutreffend sein soll.

Es seien keine Entlassungen vorgenommen wegen Mangel an Aufträgen, sondern der Rückgang sei darauf zurückzuführen, daß in hohem Maße Einziehungen zum Heere erfolgen, und daß im Frühjahr und Sommer weibliche Arbeitskräfte in größerer Zahl auf das Land abgewandert seien.

Von einem Verdienstrückgang könne auch nicht gesprochen werden. In einigen Munitionsbetrieben sei nur eine Revision der Akkordsätze vorgenommen worden, weil sich herausgestellt habe, daß einige Akkordsätze Stundenverdienste bis zu 5,40 M. ermöglichen.

Zu dieser aus amtlicher Quelle stammenden Darstellung habe ich zu bemerken, daß sie den Tatsachen nicht entspricht. Die Minderbeschäftigung in der Munitionsindustrie übersteigt noch 30 000, und wenn auch einige tausend Männer eingezogen sind, so ist doch die Tatsache der erheblich zurückgegangenen Beschäftigungszahl wesentlich weder auf diesen Umstand, noch darauf zurückzuführen, daß weibliche Arbeitskräfte aufs Land abgewandert sind, denn wie ganz positiv festgestellt ist, sind die Arbeiter und Arbeiterinnen **nicht freiwillig ausgetreten, sondern entlassen worden wegen Mangel an Aufträgen.** Durch die Feststellung dieser Tatsache fällt die amtliche Darstellung in sich zusammen.

Die Angabe, daß es sich um die Entlassung von 30 000 unter 1¼ Millionen handelt, ist auch falsch. Es handelt sich um die Entlassung von 30 000 unter in der Metallindustrie beschäftigten 330 000, also um fast 10 Proz.

Auch bezüglich der Abzüge steht es nicht so, wie die amtliche Darstellung erscheinen läßt. Vielmehr sind Abzüge erfolgt ohne Rücksicht auf die Höhe der Verdienste für den Gesamtbetrieb.

In einer der letzten Sitzungen des Kriegsausschusses für die Metallbetriebe Groß-Berlins ist festgestellt worden, daß in einem großen Betriebe ganz generell alle Akkordlöhne um 15, 20, 25 Proz. und mehr herabgesetzt wurden, und nicht nur die Akkordsätze, die abnorm hohe Verdienste zuließen.

Inwieweit der letzte Satz der amtlichen Erklärung, daß ein Einverständnis mit den Arbeitern erfolgt ist, zutrifft, kann man daraus ermessen, daß die Arbeiter, die durch Verhandlungen im Betriebe vergeblich versuchten, die sie schädigenden Abzüge abzuwenden, sich genötigt sahen, den Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins zur Regelung der Streitigkeiten anzurufen, und hier wurde festgestellt, daß das Verhalten der Firma unzulässig sei. Dieser Beschluß ist im Kriegsausschuß einstimmig gefaßt worden.

Ich muß deshalb meine Ausführungen, die ich in der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes am 24. Juni machte, vollinhaltlich aufrechterhalten.

Die Informationen, die man über diese Dinge an amtlicher Stelle eingeholt hat, scheinen wieder einmal nur von einer interessierten Seite geholt zu sein, und daraufhin läßt nun die amtliche Stelle ihre Erklärungen in die Oeffentlichkeit gehen.

Es ist merkwürdig, daß, so oft von Arbeiterseite diesen amtlichen Stellen Informationen werden, man erklärt, nun müsse erst noch die andere Seite gehört werden, um sicher zu sein, daß die Information richtig ist. Wenn aber von dieser anderen Seite den amtlichen Stellen Informationen werden, dann wird die Glaubwürdigkeit dieser anderen Seite nicht in Zweifel gezogen, und ohne weiteres auf die von dieser Seite gegebenen Informationen hin Maßnahmen getroffen.

Berlin, den 10. Juli 1918. Adolf Cohen.

Lohnerhöhungen in den städtischen Irrenanstalten.

Eine harte Geduldsprobe hatten die Arbeiter und Angestellten der städtischen Irrenpflegeanstalten zu bestehen, bis ihnen endlich die so notwendige Lohnzulage bewilligt wurde. Im Oktober vorigen Jahres wurden die Anträge der Arbeiter und Handwerker, und im November die des Haus- und Pflegepersonals der Deputation übermittelt. Kurz darauf erhielten die Gutsarbeiter eine Zulage von 30 M., die Handwerker eine solche von 12 M. pro Monat. Das Pflegepersonal ging bei dieser Lohnerhöhung völlig leer aus, während das Haus- und Küchenpersonal Zulagen von 3 bis 5 M. monatlich erhielt. Die Teuerung war leider so drückend, und die gewährten Zulagen so unzureichend, daß auf Beschluß einer Protestversammlung im Januar dieses Jahres die Anträge dem Magistrat direkt zugestellt wurden. Monate vergingen. Es wurde verhandelt, beraten, aber nichts bewilligt. Das Personal wurde wegen der Verzögerung ungeduldig, es drohten Arbeitsniederlegungen auszubrechen, man beschloß, sich an den Kriegsausschuß zu wenden. Jetzt endlich teilte die Deputation für die städtische Irrenpflege dem Bureau des Gemeindearbeiterverbandes mit, daß mit rückwirkender Kraft vom 1. April dieses Jahres folgende Lohnerhöhungen für die Irrenstation bewilligt sind:

Guts- und Feldarbeiter (außer Wuhlgarten) 1,10 M. pro Tag; Arbeiter und Handwerker 50 M. pro Monat; Pfleger 30 M. monatlich, Pflegerinnen, männliches und weibliches Haus- und Küchenpersonal 9 M. pro Monat.

Damit ist, abgesehen von der Zulage an die Gutsarbeiter, so ziemlich das bewilligt, was im Oktober resp. November gefordert worden ist. Weshalb gerade die Gutsarbeiter von Wuhlgarten, deren Tagelohn vor einem Jahre von 4 auf 5 M. erhöht worden ist, bei dieser Lohnaufbesserung ausgeschlossen bleiben sollen, ist nicht recht einzusehen.

Die Bureauhilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen der Stadt Neukölln

beschäftigten sich in einer zahlreich besuchten Versammlung mit ihren jetzigen Gehaltsverhältnissen. Krüger vom Verband der Bureauangestellten wies darauf hin, daß die den Hilfsarbeitern zurzeit gezahlten Gehälter in schreiendem Mißverhältnis stehen zu der wirtschaftlichen Teuerung. Nach einer Statistik, die am 1. Juni d. J. aufgenommen wurde, erhalten von 107 männlichen Hilfsarbeitern 5 ein Monatsgehalt bis 150 M. und 56 ein solches zwischen 150—200 M. Die Gehälter schwanken überhaupt zwischen 96 bis 275 M. pro Monat. Dabei sind von diesen Hilfsarbeitern nur 2 im Alter bis zu 18 Jahren, 2 sind über 18—21 Jahre alt, 4 über 21—25 Jahre alt und 99 über 25 Jahre alt. Zwei verheiratete Hilfsarbeiter erhalten 130 M., einer 160 M., neun 170 M., 80 erhalten 180 M. usw. Von 305 Hilfsarbeiterinnen erhielten 82 ein Gehalt bis 100 M., 199 ein solches über 100—150 M. und der Rest von 74 ein Gehalt zwischen 150—200 M. Bei einer im Februar dieses Jahres vorgenommenen Aufbesserung, die in den angeführten Gehältern bereits enthalten ist, wurde im allgemeinen nur eine Aufbesserung um etwa 10 M. pro Monat gewährt, während verschiedene Hilfskräfte überhaupt nichts erhielten. Die Versammlung, in der die stärkste Unzufriedenheit zum Ausdruck kam, beauftragte die Verbandsleitung, dem Magistrat Neukölln folgende Forderungen zu unterbreiten:

Aufbesserung der Gehälter um 40 M. monatlich für Angestellte unter 18 Jahren und 50 M. monatlich für solche über 18 Jahren, ferner für die Verheirateten Gewährung einer monatlichen Familienbeihilfe von 25 M. und für jedes Kind unter 16 Jahren 10 M.

Der Kampf um das Arbeitskammergesetz.

Die Kommission zur Vorbereitung des Arbeitskammergesetzentwurfs hat ihre Arbeiten vorläufig abgeschlossen. Sie hat einen Unterausschuß von zehn Mitgliedern eingesetzt, der bis zum Beginn der Herbsttagung des Reichstags den Gesetzentwurf nach den bisher gefaßten Beschlüssen durcharbeiten soll.

Die Verhandlungen in der Kommission gestalteten sich von vornherein interessant, weil die Gewerkschaftsvertreter den von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden ausgearbeiteten Gesetzentwurf als Antrag Nr. 1 in der Kommission einbrachten, so daß der Regierungsvorlage ein vollständiger, den Anforderungen der Arbeitnehmerschaft entsprechender Gesetzentwurf gegenüberstand. Die Kommission einigte sich dahin, daß an der Hand der Regierungsvorlage in Verbindung mit diesem Antrage zunächst grundsätzliche Fragen betreffend den Aufbau der Arbeitskammern erörtert und entschieden werden sollten. Nach mehrtägigen Verhandlungen wurde mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen, entgegen der Regierungsvorlage die Arbeitskammern räumlich und nicht fachlich abzugrenzen. Mit dieser Stimmenzahl kommt jedoch nicht die volle Mehrheit der Kommission zur Geltung, die für die erstere Art des Ausbaues der Arbeitskammern ist. Es lag ein Antrag der nationalliberalen Kommissionsmitglieder vor, nach dem neben den räumlich begrenzten Arbeitskammern da, wo sich das Bedürfnis nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ergibt, fachliche Kammern errichtet werden sollten. Da der Antrag der Gewerkschaftsvertreter solche nicht vorsah, sondern nur fachliche Abteilungen in den allgemeinen Arbeitskammern forderte, so stimmten die Unterzeichner des oben genannten Antrages zunächst gegen die räumliche Begrenzung der Arbeitskammern, anderenfalls wäre die Mehrheit für diese wahrscheinlich um 4 Stimmen größer gewesen. Der Regierungsvertreter nahm schon nach diesem Beschluß Veranlassung zu erklären, daß ein so gestaltetes Arbeitskammergesetz die Zustimmung der Verbündeten Regierungen kaum finden werde.

Da der Reichstag und seine Kommissionen nicht dazu da sind, einfach die Vorlagen der Verbündeten Regierungen anzunehmen, sondern die Aufgabe haben, sie so gestalten, wie es nach ihrer Meinung den Interessen der in Frage kommenden Bevölkerungsschichten dient, so nahm die Kommission von der Erklärung Kenntnis, ohne sie des weiteren zu erörtern. Sie beschloß, ihre Verhandlungen abzubrechen und den Fraktionen Bericht zu erstatten. Ein Antrag, einen Bericht dem Plenum des Reichstags zu geben und dessen Entscheidung anzurufen, fand keine Mehrheit in der Kommission. Es wäre meines Wissens ein solcher Beschluß auch eine Neuheit in der Geschichte des Reichstages gewesen, wenngleich er durchaus der Meinung der Kommission entsprochen hätte. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wurde sich dahin schlüssig, ihre Vertreter aus der Arbeitskammergesetzkommission zurückzuziehen, falls die anderen Fraktionen ihre Beauftragten verpflichten würden, den Anforderungen der Regierung zu entsprechen. Diese gingen dahin, daß Fachkammern zu errichten seien und der Teil der Arbeiterschaft, der in diese nicht einbezogen würde, in allgemeinen Arbeitskammern vereinigt werden sollte. Ein entsprechender Antrag, der sich mit gleichartigen Bestimmungen in dem ersten im Reichswirtschaftsamt ausgearbeiteten Gesetzentwurf deckt, lag der Kommission vor.

Da die Fraktionen ihren Vertretern in der Kommission freie Hand ließen, so wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Beschlossen wurde, entsprechend der Gewerkschaftsvorlage in den Arbeitskammern selbständige Arbeitnehmerabteilungen einzurichten, ferner die Seeleute und die landwirtschaftlichen Arbeiter in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen. Abgelehnt wurde leider, auch die Angestellten dem Arbeitskammergesetz zu unterstellen. Nachdem beschlossen worden war, daß je nach Bedürfnis Fachkammern errichtet werden können, wäre den Angestellten eine ihren Ansprüchen genügende öffentlich-rechtliche Vertretung gesichert gewesen. Daß dies nicht geschehen, ist dem Umstand zu danken, daß es nicht gelang, die Angestelltenorganisationen auf eine einheitliche Forderung zu vereinigen. Wenn dies bis zum Herbst gelingen sollte, würde sich wahrscheinlich eine Mehrheit in der Kommission dafür finden, auch die Angestellten in den Geltungsbereich des Arbeitskammergesetzes einzubeziehen.

Die Kommission hat, immer entgegen den Wünschen der Regierungsvertreter, weiterhin beschlossen, daß die im Hilfsdienstgesetz enthaltenen Vorschriften über die Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz aufgenommen werden sollen. Die in der Regierungsvorlage enthaltenen Vorschriften, daß für die Verkehrsanstalten des Reiches und der Bundesstaaten die Arbeiterausschüsse die Arbeitskammern bilden sollen, wurden von der Kommission nicht angenommen, sondern bestimmt, daß auch hier Arbeitskammern zu errichten sind, für die sinngemäß die Wahlvorschriften des Gesetzes zu gelten haben. Ferner wurde beschlossen, daß zur Beratung der die Gesamtheit der Arbeiterschaft berührenden Fragen die Fachkammern zur allgemeinen Arbeitskammer Vertreter zu entsenden haben.

Diesen Beschlüssen der Kommission entsprechend, soll der Unterausschuß den Gesetzentwurf gestalten. Er würde, abgesehen davon, daß die Angestellten durch ihn nicht gleichzeitig ihre öffentlich-rechtliche Vertretung erhalten, den Anforderungen der Arbeiterschaft entsprechen. Der Staatssekretär hat am Schluß der Verhandlungen der Kommission noch einmal betont, daß nach den gefaßten Beschlüssen eine Verständigung mit den Verbündeten Regierungen kaum zu erreichen sein wird und der Unterausschuß vielleicht vergeblich seine Arbeit leistet. Diese Erklärung wurde von der Kommission ohne weitere Erörterung entgegengenommen. Der Unterausschuß wird seine Arbeiten erledigen. Läßt die preußische Regierung an verhältnismäßig nebensächlichen Fragen den Gesetzentwurf über die Arbeitskammern zum dritten Male scheitern, so mag sie es tun. Die Arbeiterschaft hat in den gewerkschaftlichen Organisationen zwar nicht eine öffentlich-rechtliche, aber eine ihren wirtschaftlichen Interessen dienende Vertretung. Die Ablehnung eines den Ansprüchen der Arbeitnehmer genügenden Gesetzes seitens der Regierung kann nur dazu beitragen, diese wirtschaftlichen Organisationen zu stärken und erneut den Beweis zu liefern, daß das Arbeitskammergesetz um zwei Jahrzehnte zu spät dem Reichstage vorgelegt worden ist. C. Legien.

Parteinachrichten.

Zu Noskes 50. Geburtstag

schreibt Ernst Heilmann in der Chemnitzer „Volksstimme" einen warmen Glückwunsch: „So frei wie von jeder Eitelkeit sind Sie von jeder falschen Bescheidenheit und jeder Selbstunterschätzung. Sie wissen, daß Sie einen tüchtigen Lebensweg zurückgelegt haben Sie wissen, daß Sie aus einen tüchtigen Lebensweg zurückgelegt haben und von unten her zu bedeutender Höhe aufgestiegen sind. Dem jungen Korbmacherlehrling in Brandenburg, der unter dem Sozialistengesetz von den damals noch eifrig schnapstrinkenden Arbeitskollegen die ersten Begriffe des Sozialismus vermittelt bekam, noch recht unklare und gewaltsame Vorstellungen, dem hat es niemand gesungen, daß er dreißig Jahre danach einer der bekanntesten und bei Freund und Feind geachtetsten Wortführer einer straff organisierten Arbeiterklasse sein würde, die eine immer größere Rolle im Staatsleben beansprucht und spielt. Von der ersten Anstellung in der Arbeiterbewegung, da Sie für 100 M. im Monat das damals noch kleine Parteiblatt in Brandenburg schreiben und drucken und versenden halfen, führt eine kühne Bahn aufwärts über die Königsberger Redaktionsstellung zur Leitung der Chemnitzer „Volksstimme"."

Aus den Organisationen.

Auf der Generalversammlung des Wahlvereins **Hanau-Gelnhausen-Orb** leitete Genosse Rasch die Verhandlungen mit dem Geschäftsbericht ein. Er wies auf den rücksichtslos wütenden Kampf der Unabhängigen hin, und betonte die Notwendigkeit einer guten geldlichen Rüstung. Die beantragte Beitragserhöhung auf 60 bzw. 30 Pf. im Monat wird angenommen. Genosse Hoch berichtete über die politische Lage. Nicht nur in unserer Fraktion, sondern auch im Reichstag haben in den letzten Wochen lebhafte Verhandlungen stattgefunden. Sie fanden ihren Ausdruck in der Rede, die Genosse Scheidemann am Mittwoch im Reichstag gehalten hat. Wir haben in der Fraktion nicht zuvor darüber gesprochen. Wir mußten in der Fraktion Stellung nehmen zu der neuen Fünfzehnmilliarden-Forderung, zu den neuen Steuern und dem rumänischen Friedensvertrag. Schärfste Erbitterung ist in der gesamten Bevölkerung über das herrschende Ausbeutungssystem, sowie über das Treiben der Kriegspartei hervorgetreten. Wir verlangen klare Friedensverhandlungen. Die Zeit ist günstig dazu, und wir Sozialdemokraten müssen alles daransetzen — und wenn es hundertmal gegen den Willen der Kriegspartei geht —, den Frieden zu erzwingen. Die neuen Kriegskredite wurden in der Fraktion mit 25 gegen 24 Stimmen angenommen. Meine ablehnende Haltung kennen Sie ja. Die Mehrzahl unserer Genossen erklärt, wir müßten uns den Feind vom Halse halten, das liege im Interesse des gesamten Volkes. Auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung und Teuerung spitzen sich die Verhältnisse von Tag zu Tag immer mehr zu. Soweit die Steuern in Frage kommen, treten wir in der Fraktion für die Besitzsteuer und Champagnersteuer ein, lehnen aber alle übrigen Steuerarten ab. In der Rede Scheidemanns ist die Gesamtmeinung der Fraktion zum Ausdruck gekommen.

Die Generalversammlung der Sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis **Herford-Halle** fand am 7. Juli in Herford statt. Genosse Schlüter erstattete den Bericht des Vorstandes, aus dem hervorging, daß hauptsächlich in den Ortsgruppen Herford und Friedenstal ein Fortschritt erzielt worden sei. Hier seien über 200 Mitglieder dem Verein gewonnen worden. Von 1592 Mitgliedern sind 1158 einberufen, so daß noch 434 vorhanden seien. In den übrigen Städten und Orten haben die noch vorhandenen Genossen leider nicht ihr möglichstes getan. Diese Lauheit müsse fallen, wollten wir bei der Landtagswahl, die hoffentlich bald komme, gut abschneiden. Das Kassenwesen müsse ebenfalls besser werden. — Der Kreisvorstand wird ermächtigt, die einleitenden Schritte zu einem geschlossenen Landtagswahlkampf für das freie Wahlrecht mit den anderen Parteien zu tun.

Industrie und Handel.

Die Börsensteuer.

Die Abwehraktion der Börsenleute hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Es ist beschlossen worden, den vorgeschlagenen Satz für den Kauf von Aktien von 5 auf das Tausend des ausmachenden Kurswertes während des Krieges auf 3 auf das Tausend herabzusetzen. Dagegen soll nach den bisherigen Dispositionen der in Aussicht genommene Friedenssatz von 2 auf das Tausend beibehalten werden. Der Bundesrat soll die Berechtigung erhalten, den erhöhten Kriegssatz um 4 vom Tausend zu erhöhen oder ihn zu ermäßigen, je nach dem Stande der Spekulation. Wenn man auch, wie bei jeder Steuer, hier davon ausgehen muß, daß die Steuer nicht so hoch sein darf, daß sie das Steuerobjekt erdrosselt, so würde doch die rege Spekulation eine ziemlich hohe Besteuerung rechtfertigen. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Spekulanten so leicht abschrecken lassen. Nicht wenige Banken und Bankiers haben bis zur Einführung des Einheitskurses im Dezember vorigen Jahres das kaufwillige Publikum durch Kursschnitt geschädigt, ohne dadurch erheblich an Kunden zu verlieren. Es ist geradezu eine Sünde, daß die Börsensteuer erst jetzt erhöht wird, da viele Unternehmen eine Stabilisierung der Dividende anstreben und dadurch einer lebhaften Kursbewegung wenigstens etwas vorbeugen.

Die Ernteaussichten.

Die Urteile über die Felder lauten fast von überall her wesentlich hoffnungsvoller und auch das Heu, dessen ersten Schnitt die Regenfälle zum Teil noch auf den Feldern trafen, dürfte nicht allzu schwer geschädigt sein. Für das Wachstum des zweiten Schnittes konnte man sich eine bessere Vorbereitung ja nicht denken, als es die gründliche Durchfeuchtung der letzten Wochen war. Von verschiedenen Seiten wird dem Bundesrat jetzt nahegelegt, aus der neuen Ernte das Hinterkorn dem Erzeuger zu belassen, oder das Getreide schwächer, vielleicht auf 85 Proz. ausmahlen zu lassen und dem Landwirte die Kleie zurückzugeben. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Reinigung des Getreides, die zur Absonderung des Hinterkorns notwendig ist, ein sehr dehnbarer Begriff ist und daß sich bei einer solchen grobe Mißbräuche kaum verhüten lassen würden. Ueber die Ausmahlungsgrenze aber zu bestimmen, ehe das Getreide in der Scheuer ist, dürfte den Behörden als Leichtsinn erscheinen.

Den Feldern Oesterreichs und Ungarns ist die Regenperiode ebenfalls zugute gekommen, jedoch scheint es für die von der österreichischen Presse verbreiteten Ernteschätzung von 45 Millionen Doppelzentner Weizen, Roggen und Gerste in Oesterreich (die Schätzung von 60 Millionen Doppelzentner für Ungarn wurde jüngst schon erwähnt) noch etwas sehr früh; aus zweien der wichtigsten Anbaugebiete, Böhmen und Mähren, liegen übrigens Klagen vor, daß die Folgen der Frühjahrsdürre durch die späteren Regenfälle nicht mehr voll hätten ausgeglichen werden können.

Aus Rumänien und Bessarabien kommen keine guten Nachrichten; dort hat die Dürre viele Hoffnungen zerstört.

Eingegangene Druckschriften.

Hanseatische Rechts-Zeitschrift. 1. Jahrgang, Nummer 9, erscheint monatlich. Preis: vierteljährlich 6 M., Verlag von Veit u. Co., Leipzig.

Der Krieg 1914—18 in Wort und Bild, Wochenschrift, Heft 183 bis 186, Preis: 40 Pf., Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Wien-Stuttgart, Berlin-Leipzig.

Verantwortl. f. Politik: Dr. Franz Diederich, Berlin-Friedenau; für d. übrigen Teil des Blattes: Alfred Scholz, Neukölln; für Anzeigen: Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage und Unterhaltungsblatt.